Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Januar/Februar 2021 *71. Jahrgang, Nr. 819/820*

2 0 2 1 – ein besonders schwieriges Jahr in einer besonders schwierigen Zeit. Zusammenhalt ist umso wichtiger

Was erwarten wir VOSler, was erwartet uns in Zeiten von Corona und Wahlkampf?

Allen Kameradinnen und Kameraden der VOS sowie den Leserinnen und Lesern der Freiheitsglocke, wenn auch nicht mehr ganz aktuell, für das neue Jahr Glück und Gesundheit.

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer und Redakteur sind weiterhin bemüht, den Verband würdig zu vertreten und das Vermächtnis der VOS-Gründerinnen und Gründer sowie die Anerkennung des geleisteten Widerstands und der Leiden der Opfer im öffentlichen Gedächtnis zu halten. Zugleich gilt es, weiter für die Verbesserungen der sozialen und finanziellen Leistungen der Opfer von Sozialismus und Kommunismus zu kämpfen.

Ein besonderer Dank gilt jenen Mitgliedern, die sich einzeln, in kleinen Gruppen oder in der Zusammenarbeit mit Politiker*innen zu unserem gemeinsamen Nutzen einsetzen. Dazu gehört auch die Arbeit in den Zeitzeugen-Projekten, bei der sich viele Beteiligte um die Weiterführung der praktischen Vermittlung von Geschichtswissen unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie- Auswirkungen verdient machen.

Auch wenn es vorerst nicht möglich ist, eine weitere Generalversammlung im früheren Modus oder andere Veranstaltungen durchzuführen, sind wir doch trotzdem in der Lage, uns den neuen Erfordernissen anzupassen und digital zu kommunizieren. Wir alle erfüllen unsere Aufgaben auch unter den gegenwärtig erschwerten Bedingungen. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass wir noch vieles erreichen und die VOS am Leben halten können.

Da wir im Jahr 2021 dem Wettstreit um eine neue Bundesregierung entgegensehen, dürfen wir nicht gleichgültig bleiben. Unser Motto darf kein anderes als in den schweren Tagen der Haft sein: Wir geben nicht auf, und wir kämpfen, wenn es sein muss, bis zum letzten Atemzug.

Dennoch ist es erforderlich sich von Mitteln, die nichts mit demokratischem Verhalten zu tun haben, zu distanzieren. Die Ereignisse in den USA, bei denen durch aufgepeitschte Kräfte das Parlament gestürmt wurde, haben gezeigt, wie dünn das Eis sein kann, auf dem sich frei gewählte Volksvertreter*innen bewegen. Jeder Gedanke, einen solchen Putsch auch in Deutschland zu inszenieren, sollte uns fernliegen. Veränderungen sind nur dann akzeptabel, wenn sie durch demokratische Verläufe zustande kommen. Jede Form eines Umsturzes, der in eine rechte oder linke Diktatur führt, er hat nichts mit Recht und Gerechtigkeit zu tun, sondern er zieht unnötig zahllose neue Opfer nach sich.

Die VOS steht in ihrer gewohnten Tradition bedingungslos für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit.

Bundesvorstand,
Bundesgeschäftsführer, Redakteur

Eine exklusive Adresse, die gut erreichbar ist

Die neue Bundesgeschäftsstelle des Verbandes in der Berliner Uhlandstraße wurde bezogen

Die VOS ist umgezogen. Bereits in der letzten Ausgabe berichteten wir darüber. Nun sind die neuen Räume fast eingerichtet, nun wird hier gearbeitet. Wer einen Blick hineinwerfen möchte, kann es (nach Anmeldung) gern tun. Um das Interieur freundlich und aussagekräftig zu gestalten, sind die Wände mit künstlerischen Arbeiten unseres Mitglieds Gino Kuhn (siehe Abbildung) und mit Büchern unserer Kameradinnen und Kameraden ausgestaltet. (Weitere Fotos, Berichte und erste Meinungen im Innenteil).

Fg/HD

Liebe Kameradinnen und Kameraden, es ist kein leichtes Jahr, das vor uns liegt bzw. in dem wir uns bei Auslieferung dieser Freiheitsglocke bereits befinden. Die verschärften Einschränkungen für unser gegenwärtiges Dasein, die Sorge um die Gesundheit und die Frage, wann wir endlich wieder ein Stück des früheren Lebens zurückbekommen, sind ein bestimmender Teil des Alltags geworden. Wir sind durchweg in einem Alter, das uns der gefährdeten Bevölkerungsgruppe zurechnet, somit bleibt uns nichts anderes übrig, als all die strengen Verordnungen einzuhalten. Es lohnt sich auch nicht, über deren Sinn zu diskutieren oder sie anzuzweifeln. Wir können genau genommen nur warten, hoffen und zuschauen, was seitens der Politik getan wird. Im Februar, also bei Erscheinen dieser Ausgabe, ist es ein Jahr, dass die Covid-19-Pandemie als (für uns) akute Gefahr erkannt wurde. Damals hieß sie schlicht Corona, was natürlich keinen Unterschied macht. Für die VOS ergaben sich prompt ernsthafte Einschnitte, indem wir auf die turnusmäßige Generalversammlung verzichten mussten. Glücklicherweise wurde uns mittlerweile der bereits verauslagte Betrag erstattet, so dass unsere Finanzen weiterhin in Ordnung sind. Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, dass wir seit dem Rücktritt von Kamerad Chilla ohne gewählten Vorsitzenden sind. Dennoch existieren wir als Verband unbeschadet und sind regional und auch bundesweit aktiv. Auf das Erscheinen unserer Freiheitsglocke hat dies ohnehin keinen Einfluss. Andere Aktionsbereiche wie die Zeitzeugen-Tätigkeit haben sich auf die digitale Ebene verlagert, was sich – auch in langfristiger Sicht – als nützliche Alternative erwiesen hat. Das Internet, wie man sieht, hat also nicht nur als private Anwendung gute Seiten, es ist hingegen ein Stück Zukunft, das wir in der Gegenwart nutzen. Man kann ahnen, welche Bedeutung dem digitalen Sektor in absehbarer Zeit zukommen wird. Leider bleiben damit viele persönliche Begegnungen und Erlebnisse auf der Strecke. Daran wird sich auch nach Umsetzung der Impfmaßnahmen nicht grundlegend etwas ändern. Dieses eine Jahr der Einschränkungen und Isolation hat wesentliche Teile unseres öffentlichen und privaten Lebens nicht nur zum Stillstand gebracht, es hat sie rigoros abgeschafft. Gaststätten, Geschäfte oder Freizeiteinrichtungen, die es bis dato gab, wird es nicht wieder geben. Das mag uns traurig oder wütend stimmen, es ist bis auf weiteres unabänderlich.

Auf ein Wort des Redakteurs

Mit dem Ende des vorigen und dem Beginn des neuen Jahres haben nun die Impfungen begonnen. Viele von uns gehören in die Gruppen eins und zwei und stehen somit oben auf den Listen. Trotzdem wird mehr Zeit vergehen als man erwartet. Es ist vorerst nur in begrenzter Menge Impfstoff vorhanden, und die organisatorischen Abläufe funktionieren noch nicht komplett. Es ist abzusehen, dass die Prozedur des Impfens nicht innerhalb weniger Wochen abgeschlossen sein wird. Trotz der viel gepriesenen deutschen Gründlichkeit wird es vermutlich mindestens bis zum Jahresende dauern, ehe alle – die das wollen – ihren Impfstoff bekommen haben. Ob das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben schon vor Ende der Impfaktion wieder in Gang kommt, weiß niemand. Wir können uns also nur in Geduld fassen und uns trösten, dass die Einschränkungen, die uns auferlegt sind, nicht vergleichbar mit Haftbedingungen oder Verfolgungsmaßnahmen in der SBZ/DDR sind. Wir haben – ohne jede Übertreibung – in der Diktatur etwas anderes hinnehmen müssen. Vor allem haben wir gelernt, dass nach einer schweren Zeit eine bessere folgen kann und es sich lohnt, etwas auszuhalten.

Seit Beginn der Impfungen haben die Diskussionen über die Vorgehensweise zugenommen. Selbst innerhalb der Bundesregierung haben aus einer bestimmten Richtung die Besserwisserei und das alte Genörgel über die Menge des Impfstoffes und die Aufteilung eingesetzt. Ist das nicht peinlich? Selbst im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen – so sie denn stattfinden können – haben Politiker*innen nicht das Recht, durch unangebrachte Äußerungen in einer ohnehin angespannten Situation weitere Unruhe unter das Volk zu tragen und Ängste und Wut zu schüren. Die Abgeordneten dieses Landes sind von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, um in deren Interesse zu handeln. Wir sehen alle, wie schwer es ist, eine aufziehende Katastrophe, für die es keinerlei Erfahrungen gibt, abzuwenden und das Leben und die Gesundheit der Menschen zu erhalten. Man kann sicherlich seine Meinung haben und diese kund tun, aber man soll auch nicht die Verantwortung ignorieren, die sowohl der Politik wie den Medien auferlegt ist. Vielmehr wäre es angebracht, die hervorzuheben, die sich der Verantwortung stellen und sich um einen klaren Kurs sowie um Transparenz und Ehrlichkeit bemühen. Dazu rechne ich in erster Linie den Gesundheitsminister wie auch die Kanzlerin. Ich wüsste kaum jemanden aus einer anderen Partei, egal ob Koalition oder Opposition, die sich mit einer ähnlichen Souveränität und Zielstrebigkeit gegen die Ausbreitung der Pandemie gestellt hätten.

Woran ich mich aber immer wieder störe, ist die Verwendung der vielen englischsprachigen Vokabeln, wenn es um Information zu den Maßnahmen geht. Lock down, Hot spot oder auch lock down light werden ganz selbstverständlich in Verhaltensmaßnahmen und Anordnungen eingebaut. Mich befremdet das. Wir sind in Deutschland, wir haben (immer noch) eine eigene Sprache. Ältere Generationen hatten nicht die Möglichkeit, in der Schule eine Fremdsprache zu lernen, uns DDR-Jugendlichen wurde Russisch aufgezwungen. Wir hatten keine Gelegenheit, als Austauschschüler in die USA oder als Rucksacktourist nach Australien zu gehen. Ist es also vermessen, dass wir mit unserer Muttersprache angeredet werden möchten?

Bis zur Ausgabe
Ihr Alexander Richter-Kariger

AKTUELLE UND AUSFÜHRLICHE THEMEN IN DIESER AUSGABE:

Die VOS und das neue Gesicht:
Bundesgeschäftsstelle befindet sich nun in der City von Berlin.

Mauerfall und Wiedervereinigung:
Jahrzehnte des Widerstands und der Unruhe einfach unterschlagen. Eine Denkschrift und viele Briefe

---

Titelseite
Wir bleiben aufrecht, demokratisch. Wir halten das Gedächtnis wach
Auch unter erschwerten Bedingungen hält die VOS ihre Linie

***Redaktionsthema*:**
Viele Meinungen, wenig Weisheit. Das jüngst begonnene Jahr erwartet unsere Aktivitäten
Wie gehen wir mit der Pandemie um, wie werden wir unserem Auftrag gerecht? 2

Gerade in dieser schweren Zeit macht uns das Mut und gibt große Hoffnung
VOS bezieht die Räume der neuen Bundesgeschäftsstelle im Herzen und im Blickfeld der Hauptstadt Berlin
Bericht, Meinungen 4 – 5

Die Umsetzung wäre denkbar einfach
In Neubrandenburg regt VOS die Schaffung eines Demokratie-Zentrums an 6

Opferbeauftragter und Aktenverwaltung
Roland Jahn referiert bei Opfer-Netzwerk Niedersachsen 6

Kampf gegen Rentenbetrug bleibt ein Thema
Welche Ergebnisse brachte die Anfrage? 7

Unbeirrt der SED-Opfer gedacht
Irene Thomas trotz hohen Alters aktiv 7

Das Gedenkstättenleiterkarussell dreht sich
Nun ist auch in der Potsdamer Lindenstraße eine große Unklarheit entstanden 7

Das bewegt unsere Köpfe und unser Land
Das Karussell der Kanzlerkandidaten ist noch in Bewegung 8

Von Omsk nach Berlin und dann in den Knast nach Moskau
Putin-Gegner Nawalny riskiert viel 9

Bin von Ihnen und der deutschen Justiz einfach nur enttäuscht
Persönlicher Brief an die Bundeskanzlerin bringt die Probleme der Psychiatrie-Opfer auf den Punkt 9

Er hat sich mit aufrüttelnden Beiträgen unerschrocken zu Wort gemeldet und war zugleich ein Meister der Schnitzkunst
Siegfried Müller aus Hundshübel im Erzgebirge stirbt mit 91 Jahren. Ein Nachruf 10 – 11

Das Thema Liebe aus zwei unterschiedlichen Perspektiven
- Soll man seine Feinde nun doch nicht hassen?, fragt Siegmar Faust
- Warum liebt die deutsche Justiz die Täter vielmehr als die Opfer? 11

Spannend und wichtig, auch wenn etliche Fehler enthalten sind
Der Autor eines weltweit bekannten, Spionage-Thrillers starb im Dezember 2020 12

Wir haben uns die Augen gerieben, als wir das im Fernsehen sahen
Der Überfall auf das Capitol in Washington 12

Zwei Jahrzehnte als Zeitzeuge tätig gewesen
Ein Nachruf auf Horst Jänichen 13

Man sollte sich informieren und die Maßnahmen akzeptieren
Eine kurze Corona-Umgangsschule 13

Nach den Debatten das große Fragezeichen
Wer bekommt nun eigentlich die Grundrente? 14

Die Lauscher mit den bösen Ohren
Wie das MfS auch die Telefongespräche in den Westen abhörte 15

Die unterschlagenen Kapitel der DDR
Opfer- und Flüchtlingsverband nehmen in einer Denkschrift Stellung zu den Irrtümern und Lücken im Bericht der Fachkommission 16 – 22

Es fehlen die Namen der Opfer und der Täter. Und vieles andere fehlt ebenfalls
Ein Kommentar zur Geschichte des Widerstands 21

Zoom? Was heißt denn das nun wieder?
Mit der Pandemie ziehen weitere Englisch-Vokabeln in unseren Wort“schatz“ ein 22

Das DDR-Muster für Waisenkinder: Erziehung mit dem Siebenstriem
Ein bemerkenswertes Buch über eine Kindheit im Zeichen der Gewalt 23 - 24

Opferbeauftragter – wer wäre geeignet?
Vorschlag für einen Kandidaten, der viel bewirken könnte 24

Die Uhr tickt, doch wir sind weiter aktiv
Über Begegnungen, Aufholbedarf und Ziele in der Aufarbeitung 25

Wie dem Unrecht aus der Diktatur Unrecht aus der Demokratie hinzugefügt wird
Ehemalige Staatsbedienstete der DDR sollen weitere Rentenerhöhungen bekommen. Die Opfer gehen leer aus und protestieren 26 – 27

Nachrufe
Sigrid Richter, Lothar Baumann 27
Wolf-Dieter Meyer 28

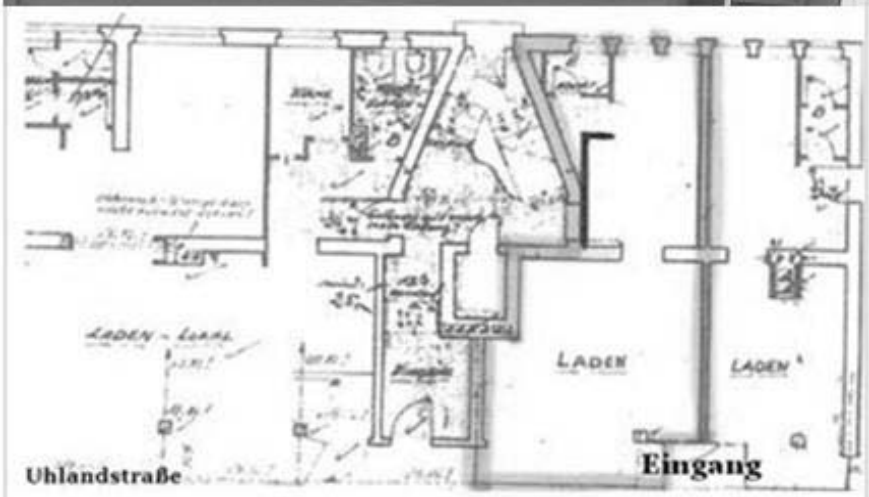
Neue Adresse der VOS-Bundesgeschäftsstelle 28

Knastlexikon, Tagebuch, Zitat 7, 11, 25
Nachrufe, Verstorbene 10, 22, 27
Impressum / Spender 11, 28

Zentrum der Hauptstadt Berlin bleibt Anlaufstelle des Verbandes

VOS-Bundesgeschäftsstelle befindet sich nun in der Uhlandstraße (nicht weit vom Bahnhof Zoo)

Wer auf das Impressum der letzten Fg-Ausgabe geschaut oder seit November 2020 Kontakt zu Bundesgeschäftsstelle der VOS aufgenommen hat, der oder dem dürfte nicht entgangen sein, dass unser Anlaufpunkt nun nicht mehr Hardenbergplatz heißt. Seit Dezember letzten Jahres hat unser Verband eine neue Adresse, sie lautet: Uhlandstraße 120 in Berlin Wilmersdorf.



Hugo Diederich hat auf dem Markt gesucht und das neue Büro gefunden. Die Bundesgeschäftsstelle liegt zentral, direkt vor der Tür ist eine Bushaltestelle, die Grundfläche ist mit insgesamt 45 qm und einem 3,5 Meter langen Schaufenster ausreichend für die Geschäftsbedürfnisse, und – was wichtig ist – alle Räume sind aufgrund der Erdgeschosslage barrierefrei.

Das Büro besteht aus zwei Räumen. Der vordere Raum ist ausgesprochen gut geeignet für Gespräche, Empfänge und Beratungen, was den Besuchern aus unseren eigenen Reihen zugutekommt. Die Einrichtung der Räumlichkeiten geht problemlos vonstatten, denn die passenden Möbel sind vorhanden. An der linken Wand werden Bücherregale mit Veröffentlichungen der VOS (Bücher, Zeitungen,) stehen. Die Vorbereitungen (ausmessen, sortieren) sind beinahe abgeschlossen.

Zu den Kosten gibt unser Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich, der den Umzug fast im Alleingang und in kurzer Zeit ermöglichte, folgende Auskunft: „Die Miete beträgt monatlich 820 Euro, zzgl. 150 Euro Nebenkosten (einschließlich der Heizkosten). Maklergebühren tragt der Vermieter. Da die VOS als gemeinnützig anerkannt ist, verzichtet der Vermieter auf die Zahlung der Umsatzsteuer.“ Inwieweit die VOS Zuschüsse von den Berliner Institutionen erhält, ist geklärt. Fest steht: Es gibt auf jeden Fall finanzielle Unterstützungen, so dass die Kosten niedriger liegen werden als für das Büro am Hardenbergplatz.

Angemerkt sei, dass die Anmietung der neuen Räumlichkeiten durchaus als Glücksfall bezeichnet werden kann. Hierzu Kamerad Diederich: „Es waren zum Besichtigungstermin viele Bewerber vor Ort. Man hat aber UNS den Zuschlag gegeben.“ Zweifellos liegt das auch daran, dass die VOS nach wie vor einen guten Ruf hat, und dies betrifft sowohl ihre solide geführten Finanzen wie ihr politisches Wirken.“

Die Mietverträge wurden im vorigen Jahr unterzeichnet. Die Adresse ist bereits im Impressum der Freiheitsglocke abgespeichert.

Wer gern – unter Beachtung der Bürozeiten bzw. nach Erhalt eines Termins – einen Blick in die neuen Räume werfen möchte, dem seien die Buslinie 249 vom Bahnhof Zoo (zehn Minuten Fahrzeit) oder die U-Bahnhöfe Günzelstraße oder Hohenzollerndamm (von hier aus jeweils zehn Minuten Fußweg) empfohlen.

Angemerkt sei, dass die Bundesgeschäftsstelle wiederum in einer sehr guten, gepflegten Umgebung gelegen ist. Über die Ausgestaltung des Ladenfensters sowie weitere Details berichten wir in den nächsten Fg-Ausgaben.

Tom Haltern

Fotos: *Außenansicht des Büros (oben), Lageskizze-Laden links (Mitte), Bushalttestelle vor dem Gebäude.*

Uhland=Straße 120

Meinungen von Mitgliedern zur neuen VOS-Bundesgeschäftsstelle

Ein attraktives, neues Gesicht für die VOS

Die neue Bundesgeschäftsstelle der VOS ist nicht nur sinnbildlich ein großartiges Aushängeschild für unseren Verband, sie wirkt vor allem optisch einladend und bietet Raum für Gespräche, Zusammenkünfte und Verhandlungen mit Politiker*innen. Die VOS hat nun neben der Freiheitsglocke auch stationär ein attraktives Gesicht bekommen. Durch die Dekoration mit Kunstwerken unseres Mitgliedes (Gino Kuhn) und der Ausstellung der Bücher von Autor*innen unseres Verbandes haben wir die Möglichkeit, uns durch ein richtig repräsentatives Büro umfassend zu präsentiern. Nach Aufhebung der Pandemie- Einschränkungen kann auch über Lesungen, Beratungen, kleine Feiern im Rahmen der Bezirksgruppen oder Versammlungen nachgedacht werden.

Wir sind demnach für vieles, was bisher nicht möglich war, offen.

Ich persönlich möchte mich bei allen (u. a. Sieglinde und Rainer Buchwald) bedanken, die tüchtig mitgeholfen haben, den kompletten Umzug vom Hardenbergplatz zur Uhlandstraße so reibungslos und kostengünstig zu bewältigen. Das war echte Kameradschaft und direkte Hilfe im Sinne der Gemeinschaft.

Hugo Diederich,
Bundesgeschäftsführer

Wie wäre es mal mit einer Pressekonferenz?

Mit diesen neuen Büroräumen haben wir endlich einen Platz, an dem wir wieder öffentlich wahrgenommen werden. Viele Leute, wissen nicht einmal, dass es uns gibt. Das sollte fortan anders werden. Vielleicht veranstalten wir hin und wieder einen „Tag der offenen Tür“, um unter den Passanten für unseren Verband zu werben. Wir hätten nun auch die Möglichkeit, zu eigenen Presse- oder Medienkonferenzen oder Live-Terminen einzuladen.

Alexander Richter-Kariger

Bin stolz auf dieses Büro und freue mich für unsere VOS

Als ich unsere neuen Geschäftsräume erstmalig besucht habe, war ich geradezu sprachlos. Es wirkt so hell und professionell, und dies sowohl von außen wie von innen. Diese zentrale Lage in einer urbanen Einkaufsstraße, die Bushaltestelle direkt vor der Tür, dazu die geschmackvolle Innengestaltung, das wirkt wirklich eindringlich auf Außenstehende und Mitglieder. Ich bin echt stolz, dem Verband anzugehören. Noch stolzer bin ich natürlich, weil hier auch Bilder von mir ausgestellt werden. Dabei geht es mir nicht um Ruhm oder Verkaufsambitionen, sondern um das Thema, über das ich in meinen Bildern spreche. Hier werden das Leid der Haft und der Verfolgung ausgedrückt, unter denen wir gelitten haben. Es ist (für mich) wichtig, damit viele Menschen zu erreichen und den Betroffenen von einst eine stumme und zugleich eindringliche Stimme zu geben. Und genau dieses Anliegen wird hier wahr, und es wird auch in der Öffentlichkeit sichtbar.

Ich bin sicher, dass sich sowohl Einheimische wie auch Tourist*innen für uns interessieren.

Mein Dank gilt Hugo Diederich, dass er diesen wunderbaren Platz ausgesucht hat, von dem aus die Opfer betreut werden.

Gino Kuhn, Künstler,
Ehemaliger politischer Häftling
Mitglied der VOS

Können es aus VOS-Mitteln bestreiten

Diese Maßnahme war lange überfällig. Wir hatten zwar am Hardenbergplatz auch ein geräumiges Büro, doch kamen dort nur Leute hin, die uns kannten. Hier in der Uhlandstraße sind wir sichtbar, und wir können auch auf Leute, die zögern oder uns bisher abgelehnt haben, zugehen.

Unser großer Dank geht an den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung des SED-Diktatur von Berlin Tom Sello, der die Einrichtung und den Umzug der neuen Beratungsstelle mit einem Betrag von 3.500 € gefördert hat.

Weiterhin möchte ich allen Kameradinnen und Kameraden für die Spendenbereitschaft danken und natürlich daran erinnern, dass ein neues Jahr angefangen hat und die fälligen Beiträge zu zahlen sind. Diejenigen, die noch im Rückstand sind, bitte ich um den Ausgleich. Falls es bei jemandem derzeit finanziell nicht allzu gut laufen sollte, könnte sich der- oder diejenige zumindest mit mir in Verbindung setzen. Man kann über alles reden oder sich – was nun möglich ist – in der neuen Bundesgeschäftsstelle treffen.

Rainer Buchwald
Bundesschatzmeister

Veränderungen

Ich bin sicher, in diesen Büroräumen macht das Arbeiten sehr viel Spaß. Ich kann mich noch dunkel an die Räumlichkeiten, die die VOS bis Mitte der 1990er Jahre in Bonn hatte, erinnern. Dort hatten wir zwar viel Platz, aber es war sehr abgelegen. Dass die VOS nach Berlin umgezogen war, war schon ein großer wegweisender Schritt. Heute spielt Bonn zwar weiterhin eine politische Rolle, und es ist immer noch eine sehr schöne Stadt, aber der politische Schauplatz ist eindeutig Berlin.

Mit dem Umzug in die Uhlandstraße legen wir noch mal echt was drauf, wir sind nun deutlich sichtbar.

B. Thonn

Die Chancen müssen wir unbedingt nutzen

Ein Zentrum für Demokratie könnte viel bewirken

Am 29.Oktober 2020 sprachen der stellvertretende Landesvorsitzende M-V der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, André Rohloff und der Landtagsabgeordnete Sebastian Ehlers (Sprecher der CDU- Landtagsfraktion für Rechtspolitik, Arbeits- und Gesundheitspolitik und Familienpolitik) über die ehemalige Untersuchungs- und Haftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Neubrandenburg, die noch bis 2018 als Justizvollzugsanstalt des Landes genutzt wurde, im Schweriner Landtag. In dem Gespräch erläuterte André Rohloff die Pläne seines Verbandes, auf dem Gelände des ehemaligen Stasi-Gefängnisses ein Zentrum für Demokratie zu errichten. „Zusammen mit anderen Partnern arbeiten wir im Moment an einem tragfähigen Konzept für einen derartigen Plan“, so Rohloff.

Ein Abriss des Areals und Wohnungsbau, wie im Moment von der Stadt Neubrandenburg ins Auge gefasst, ist für die VOS keine Option. „Gerade den demokratischen Kräften in der Politik sollte es ein Anliegen sein, die ehemalige Untersuchungs- und Haftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Neubrandenburg zu einem Ort des Erinnerns und der Demokratie zu entwickeln. Es darf jedoch nicht sein und geschehen, wie durch die Stadt Neubrandenburg geplant, den MfS-Schreckensort abzureißen, um hier nachher Wohnblöcke entstehen zu lassen“, erklärte der VOS- Vertreter weiter.

Um die Politik für das Demokratie-Projekt zu gewinnen, kündigt André Rohloff eine intensive Werbekampagne an. Man werde in der nächsten Zeit gezielt auf die entscheidenden politischen Kräfte in Neubrandenburg zugehen und diesen die Pläne des Verbandes vorstellen. „Mit Fünfeichen, das sowohl als Kriegsgefangenenlager durch die Wehrmacht wie auch als Speziallager durch den sowjetischen NKWD genutzt wurde, hat Neubrandenburg bereits einen herausragenden Erinnerungsort. Zusammen mit der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt, die ganz in der Nähe zu Fünfeichen liegt, kann Geschichte noch besser erlebbar gemacht werden. Ein Zentrum für Demokratie kann auch jungen Menschen die Verbrechen beider Diktaturen in Deutschland vor Augen führen. Diese Chancen müssen wir unbedingt nutzen.“

André Rohloff

Vor 50 Jahren: Ende Januar 1971 fasste das Politbüro des ZK der SED den Beschluss zur Einberufung des VIII. Parteitages im Zeitraum vom 14. bis 19. Juni desselben Jahres. Vorher fanden Parteiwahlen statt. Wie immer standen die Ergebnisse schon zuvor fest.

Es ist nicht viel Zeit

Was mit den Akten und weiteren Entschädigungen passiert

Bereits Ende Oktober 2020 fand in Hannover eine bemerkenswerte Veranstaltung des Niedersächsischen Netzwerkes für SED- und Stasi-Opfer mit dem scheidenden Bundesbeauftragten Roland Jahn statt, wobei es um wichtige Fragen von Entschädigungen und der Aktenverwaltung ging. Hierzu teilte Hartmut Büttner vom Netzwerk nachstehende Informationen mit:

„Der Zugang zu den Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit wird auch künftig sichergestellt“, sagte der Bundesbeauftragte Jahn. Der scheidende Chef der Stasi-Unterlagenbehörde verabschiedete sich von SED- und Stasi-Opfern aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt auf einer Veranstaltung in Räumlichkeiten des Niedersächsischen Landtages.

Nach jahrelangen Diskussionen und Abstimmungen kommen die Stasi-Unterlagen jetzt unter das Dach des Bundesarchivs. Dabei bleiben die Akten nach Aussage von Roland Jahn an ihren bisherigen Standorten in den östlichen Bundesländern. Der ehemalige Bürgerrechtler versicherte, dass es dabei eine Fülle von Vorteilen für die Opfer der SED-Diktatur gebe. Der Prozess der weiteren Aufarbeitung der SED-Diktatur könne durch die Vernetzung verschiedener Quellen neuen Schwung gewinnen.

Das Niedersächsische Netzwerk für SED- und Stasi-Opfer setzt sich mit seinem Sprecher, dem ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Hartmut Büttner seit vielen Jahren mit großem Nachdruck für eine Verbesserung der Lage der Opfer der DDR -Diktatur ein.

In zwei zuvor gefassten Beschlüssen betonen die SED-Opfer, dass die meisten Betroffenen hochbetagt sind und keine Zeit mehr hätten, um auf gut ausdiskutierte Lösungen zu warten. Das gelte für einen Fonds für Entschädigungen bzw. Wiedergutmachungen zugunsten der ehemaligen Zwangsarbeiter aus den Zuchthäusern der früheren DDR. Bisher waren nur die Firma IKEA und die Deutsche Bahn AG bereit, sich an diesem Fonds zu beteiligen. *Hartmut Büttner / Fg*

Weiter auf dem Rentenauge blind?

Bleibt das Rentenunrecht weiter unangetastet?

Die nachträgliche Einbeziehung der DDR-Altübersiedler in das RÜG (Rentenüberleitungsgesetz), die vor dem Fall der Mauer durch Familienzusammenführung, Flucht bzw. Freikauf aus politischer Haft in den Westen gelangt sind und denen als Neubürger der Bundesrepublik bekanntlich alle politischen und sozialen Rechte in der DDR entzogen worden sind, ist und bleibt schreiendes sozialpolitisches Unrecht, das durch keinen Gesetzestext, nicht einmal durch eine Aktennotiz, legitimiert ist. Die Folge dieser Unrechtshandlung ist die zunehmende Armut unter denjenigen, die maßgeblich im Vorfeld des Mauerfalls zu dessen Einsturz beigetragen haben.

Dies ist und bleibt ein beschämender Zustand in Anbetracht üppiger Rentengewährungen für ehemalige Funktionäre und Systemträger in der DDR.

Zu diesem leidigen Thema wurde bereits umfassend in der Freiheitsglocke wie auch in einigen anderen Medien berichtet. Am 18. November 2020 fand dazu eine Bundestagsdebatte anlässlich der Großen Anfrage der Partei Die Linke statt. Inwieweit sich daraus Ergebnisse im Sinne der Opfer ergeben haben, müsste noch geklärt werden.

Felix-H. Holtschke / Fg

Nachtrag: Das wurde unterschlagen!

In den ausführlichen Nachrufen zum zu Tod von Kamerad Erhard Göhl in der letzten Ausgabe wurde ein wesentliches Verdienst nicht erwähnt: Gemeinsam mit dem Kameraden Xing-hu Kuo rettete Ehrhard Göhl jenen Eisenbahnwaggon, in dem bis zum Mauerfall zahllose politische Häftlinge transportiert wurden. Der Waggon kann seit Mitte der 2000er Jahre in der Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen besichtigt werden. Im Namen der Leser dankt der Redakteur Kameraden Gustav Rust, der den Hinweis gegeben hat. Ausführlich berichtet wurde darüber bereits vor 20 Jahren. *A. Richter-Kariger*

Mit Hingabe und Geschichtsbewusstsein

Kranzniederlegung wie jedes Jahr in Falkenberg/ Elster

Seit Jahrzehnten schon legt unsere inzwischen 89 Jahre alte Kameradin Irene Thomas aus Falkenberg in Brandenburg am Volkstrauertag im Namen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus einen Kranz am Friedhof nieder, und dies wo sie altersbedingt nicht mehr so mobil wie früher ist. Dabei ist unbedingt zu erwähnen, dass man Kameradin Thomas in den ersten Jahren, da sie an die Opfer des Kommunismus erinnerte, von primitiven Mitbürgern gehindert und verspottet wurde. In Falkenberg findet die Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung anlässlich des Volkstrauertages alljährlich statt. Dabei wird vornehmlich der Opfer beider Weltkriege gedacht. Für die Kommunismus-Opfer war oft genug kein Wort und kein Gebinde übrig. So geschehen auch in diesem Jahr, wo Bürgermeister Bawey nur allgemein an die Opfer von Gewaltherrschaft erinnerte, was angesichts der ideologischen Einstellung vieler linker Kräfte, die sich weigern, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen, bereits ein wesentlicher Fortschritt ist. Lediglich im vorigen Jahr war dies geschehen. Dass der Bürgermeister in seiner Rede die Bedeutung des Friedens in der heutigen Zeit heraushob, mag ein allgemeines Signal sein. Es wird jedoch keinen Frieden geben, wenn man das Unrecht von viereinhalb Jahrzehnten kommunistischer Gewaltherrschaft unterschlägt, um es sich mit den überlebenden Tätern nicht zu verderben. Leider weigert sich die Kommune Falkenberg auch, die Dokumente und Aufzeichnungen über begangene Verbrechen zu archivieren. Man muss hier nicht nach dem Warum fragen. Wer will schon gern an die noch greifbare Schande erinnert werden?

Die VOS dankt Irene Thomas für ihren Mut und ihre Aufrichtigkeit. Wir wünschen Gesundheit und noch viele Jahre, allein damit die Kommune weiterhin an das Unrecht der DDR-Vergangenheit erinnert wird.

Hugo Diederich, Berlin

Ist das Misstrauen der Haft-Opfer berechtigt?

Nach Hohenschönhausen nun in der Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraß54 Unruhe

Es ist zwei Jahre her, dass wir die Diskussion um die Stasi-Opfer-Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen geführt haben. Der langjährige Leiter Hubertus Knabe, der zweifellos große Verdienste in der Aufarbeitung und dem Ausbau der Gedenkstätte hatte, musste sein Amt räumen, nachdem ihm Verstöße und Fehler in der Führung des Personals vorgeworfen worden waren. Knabe hatte, soviel war an die Öffentlichkeit gedrungen, gegen Gleichstellungsgrundsätze verstoßen und war mehrfach den Aufforderungen, bei einzelnen Mitarbeitern für deren Einhaltung zu sorgen, nicht nachgekommen. Was und ob noch weitere Verstöße vorgekommen sind, ist bis heute nicht aufgeklärt worden. Leider auch nicht durch Herrn Dr. Knabe selbst. Somit wird bis heute eine Art Verschwörungstheorie (ein in der heutigen Zeit gern benutztes Wort) genährt, der zufolge Knabe das Opfer des linken Ausläufers des Berliner Senats sein soll. Und wiewohl vieles für diese Variante spricht, wird auch durch Knabe selbst so gut wie nichts öffentlich gemacht. Damit schwindet nun – leider – Vertrauen, und der Sache der Opfer ist nicht gedient. Ein neuer Gedenkstättenleiter wurde zwar eingesetzt, doch dieser hat im Vergleich zu Knabe bislang keine Ausstrahlung in Richtung Opfer gezeigt.

Nun hören wir von der Potsdamer Lindenstraße 54, wo sich die Stasi-Untersuchungshaftanstalt befand, wiederum Misstöne. Die Leiterin, die laut Vertrag nur noch drei Monate beschäftigt gewesen wäre, wurde vorzeitig „gefeuert“. Statt auf Erklärungen stößt man auf Spekulationen und Gerüchte. Vorübergehend wurde nun eine Ratsfrau aus der Partei *Die Andere* eingesetzt. Die Andere steht politisch weit links, und man fragt sich, ob das die richtige Wahl – kurzzeitig oder länger – sein kann. Die Opfer jedenfalls sind verunsichert. *Faleria Bosse*

Die „K-Frage“: Wer wird dieses Land demnächst regieren?

Laschet oder Söder, vielleicht Jens Spahn, oder hängt Frau Merkel noch einen Vierer dran?
(Nicht nur) in Deutschland rätselt man, wie es künftig in unserem Oberstübchen aussehen wird

Es wäre wahrlich übertrieben, wollte man behaupten, die Deutschen fiebern der nächsten Bundestagswahl entgegen. Denn wenn wir dieser Tage von Fieber reden, meinen wir etwas völlig anderes, das uns mehr Furcht machen könnte als der Ausgang besagter Septemberwahl. Eigentlich machen wir uns nur Gedanken, ob Armin Laschet, nachdem er auf dem CDU-Parteitag am 16. Januar (nicht ganz) mühelos die Pool Position in seiner Partei erobert hat, nun auch das Rennen als Kanzlerkandidat machen wird oder ob ihn sein potenzieller Konkurrent, der sich, was taktisch nicht unklug ist, vorerst bedeckt hält, noch auf der Zielgeraden attackiert.

Besagter Konkurrent – wir wissen es alle – ist Franke, und er ist wie Laschet ein amtierender Ministerpräsident, nämlich im Bundesland Bayern. Viele, nicht nur die bayrischen Landsleute wünschen sich ihn als Kanzler. Sollte es dazu kommen, wäre es zwar keine Sensation, nicht mal eine Überraschung, aber immerhin etwas Neues. Denn – mal abgesehen von Ludwig Erhard – ist es bislang keinem Kandidaten der C-Schwester gelungen, bundesweit an die politische Spitze zu rücken.

Man erinnert sich, dass es bereits zwei misslungene Versuche gab. Erstens Strauß kontra Schmidt, was für Ersteren aus Sicht der Experten von vornherein aussichtslos war. Zweitens Stoiber kontra Schröder, was ohne das Hochwasser, das die Wiederwahl des SPD-Kanzlers enorm begünstigte, keineswegs aussichtslos gewesen ist und vier Jahre darauf die erstmalige Kanzlerschaft einer Frau und einer Bürgerin aus den damals noch Neuen Bundesländer zur Folge hatte.

Wird es also diesmal ein Bayer?

Derjenige, der das Objekt dieser Frage darstellt, geht bislang sichtlich geschickter als die früheren bayrischen Streiter vor. Er sagt vor allem einen wichtigen Satz: Lasst uns erst mal abwarten.

Und damit hat er eine unheimlich kluge, wenn auch nicht eben originelle Aussage getroffen. Denn es könnte denn doch alles noch anders kommen. Wegen Corona und vielleicht wegen anderer (politischer) Umstände. Nachdem wir bereits aus Thüringen vernommen haben, dass die dortige Landtagswahl nicht zum geplanten Termin stattfindet, wäre auch anderswo vieles möglich. Man weiß, Thüringen ist das Bundesland, das Maßstäbe setzt, hier kann man Ministerpräsident werden, auch wenn man zunächst nicht von allen Abgeordneten gewählt wurde. Man muss nur mit Blumensträußen werfen und Frau in Südafrika Merkel anrufen …

> „Mutti, bleib doch bitte noch ein bisschen. Und wenn es nur vier Jahre sind.“

Ja, die Sache mit Thüringen ist ein Stück deutscher Geschichte, das wir wegen seiner Einzigartigkeit nicht vergessen werden. Es stellt sich aber nach den bisherigen Wähler*innen- Umfragen vorerst nicht die Frage, ob wir auf Bundesebene Grün-rot-rot befürchten müssen. Diese Variante ist nicht annähernd im Bereich einer Mehrheit. Da helfen auch keine Absprachen und keine niedergeworfenen Blumen.

Was wird geschehen, sollte die Bundestagswahl planmäßig im September stattfinden? Eine Koalition aus CDU/CSU und Bündnis 90/ Die Grünen wird ihre Premiere erleben. Rein rechnerisch ist (derzeit) nichts anderes denkbar. Die SPD hat ihre Weigerung für eine nochmalige GroKo schon lange bekanntgegeben, und die FDP muss überhaupt erst die fünf-Prozent-Hürde überwinden.

Karl Lauterbach und Christian Lindner werden natürlich weiter ihre Bühne bekommen, ansonsten wäre der öffentliche Unterhaltungssektor bedeutend ärmer.

Etwas spannender ist es bei Bündnis 90/Die Grünen. Wer wird hier als Spitzenkandidat*in das Rennen machen? Üblicherweise stellt der kleinere Koalitionspartner den Außenminister. Wird es erstmals eine Frau?

Übrigens gibt es in Sachen K-Frage immer noch einen heimlichen Joker. Er heißt Jens Spahn. Der Gesundheitsminister hat sich gut geschlagen, seit sich die Pandemie ausbreitete. Er hat sich vor allem nicht erschüttern lassen, als ihm Fehler und falsches Handeln vorgeworfen wurden. Diese Pandemie war für ihn wie für alle (!) Politiker*innen Neuland. Spahn hat Übersicht bewahrt und Fachleute wie auch andere Politiker kontaktiert, er war nicht rechthaberisch und eitel und ist sich nicht zu schade gewesen, eigene Unsicherheiten einzugestehen. Ist er nicht ein bisschen wie Frau Merkel? Nicht nur ein bisschen. Kann man ihm nicht zutrauen, deutsche und europäische Interessen ebenso uneitel und bescheiden, trotzdem beharrlich und erfolgreich zu vertreten wie selbige Kanzlerin. Nun ist der Name Merkel also erneut gefallen. Man muss das festhalten und sich erinnern, dass da kürzlich eine und einer – oder waren es nicht sehr, sehr viele und werden es nicht immer mehr? – nicht mal leise geäußert hat: „Mutti, bleib doch bitte noch ein bisschen. Und wenn es nur vier Jahre sind.“

Scherz beiseite, es gibt bei uns in Deutschland eine breite Front von Menschen, die unverhohlen zugeben, dass sie sich den Rücktritt vom Rücktritt unserer Kanzlerin wünschen. Und sowieso fragen Franzosen und Österreicher, ob es Deutschland zu gut geht, dass wir „so jemanden“ gehen lassen wollen und wir im Gegenzug so unvernünftig sind, den Bundestrainer im Fußball nicht abzusetzen.

Wer weiß, was noch kommt. Das heißt, einen neuen Bundestrainer werden wir sicher nicht bekommen. Aber den brauchten wir. Andererseits wird Frau Merkel vermutlich den Rücktritt vom Rücktritt nicht vollziehen. Dabei ist ja gerade sie das beredte Beispiel, dass eine Nobody unversehens zur (politisch gesehen) begehrtesten Frau der Welt werden kann. Soll heißen, wir wären am besten beraten, würden wir – wenn „Mutti“ nicht bleibt – Jens Spahn die Kanzlerschaft antragen.

Schluss mit der Spekulation. Solange wir nicht Saskia Eskens von der SPD als nächste Bundeskanzlerin bekommen, soll uns jeder und jede der Genannten recht sein. Oder? *B. Thonn*

Eine Dreiviertelstunde aus dem Nähkästchen geplaudert

Alexej Nawalny telefonierte nach seiner Genesung mit Agenten des russischen Geheimdiensts

Wer in postkommunistischen Staaten wie der Russischen Föderation als Aufklärer unterwegs ist, lebt höchst gefährlich. Der 1976 in der Nähe Moskaus geborene Rechtsanwalt Alexej Nawalny hat das am eigenen Leib erfahren müssen. Er wäre am 20. August 2020 von Killern des russischen Inlandsgeheimdienstes in der sibirischen Stadt Tomsk fast vergiftet worden, wenn er nicht dieses schier unglaubliche Glück gehabt hätte. Nur dem beherzten Handeln der russischen Flugzeugbesatzung war es zu verdanken, dass der vor Schmerzen schreiende Passagier nach einer nicht vorgesehenen Zwischenlandung in der sibirischen Stadt Omsk, 744 Kilometer westwärts von Tomsk gelegen, ins Krankenhaus gebracht und dort behandelt worden wäre. Von Omsk wurde er dann nach Berlin geflogen, in der Charité mehrmals operiert und am 22. September entlassen. Das alles ist der Weltöffentlichkeit bekannt, auch wenn die russische Regierung diese scheußlichen Vorgänge bestreitet. Alexej Nawalny, ein mutiger Mann, den man bewundern muss, wollte aber mehr wissen. Er wollte mit den Hintermännern des Mordanschlages sprechen. Dass der Inlandsgeheimdienst, dessen Chef Wladimir Putin 1998/99 selbst war, den Anschlag geplant hatte, war ihm klar. Schließlich hatte er, bis in die höchste Staatsspitze hinein, Fälle von Korruption aufgedeckt und war zweimal, untere einem Vorwand, zu jeweils fünf Jahren Haft verurteilt worden, obwohl er in der Bevölkerung so beliebt war, dass er 2013 bei der Moskauer Oberbürgermeisterwahl 27 Prozent der Stimmen erhalten hatte.

Am 14. Dezember 2020 wagte er ein Husarenstück: Er rief nacheinander drei Agenten des Inlandsgeheimdienstes in Moskau an, um mehr über den Mordanschlag zu erfahren: Der erste Agent erkannte seine Stimme und legte auf; der zweite beantwortete die erste Frage Alexej Nawalnys, dann legte auch er auf; der dritte Agent aber war außerordentlich gesprächig und plauderte eine Dreiviertelstunde aus dem Nähkästchen! Der oppositionelle Rechtsanwalt hatte sich zuvor als Assistent des Chefs des russischen Sicherheitsrates ausgegeben. Was er erfuhr, war schrecklich genug: Das tödliche Kontaktgift Nowitschok wäre in die Unterhose gestrichen worden, allerdings wäre der Flug, der von Tomsk nach Moskau ging, zu kurz gewesen, weil eine Zwischenlandung in Omsk stattgefunden hatte, sonst wäre der Mord vollzogen worden. Aber bis heute versichert Wladimir Putin mit treuherzigem Augenaufschlag, seine Regierung hätte mit diesem Verbrechen nicht das Geringste zu tun! Jörg Bernhard Bilke

---

Am Rande gefragt: Was hätte Wladimir Putin getan, wenn, wie am 6. Januar in Washington, ein bewaffneter Trupp versucht hätte, seinen Kreml zu erstürmen?
Ganz richtig, Putin hätte nicht gezögert und die Angreifer mit Schnellfeuerwaffen erledigen lassen. Man erinnere sich an den November 2002, als er eine Geiselnahme während der Musical-Aufführung „Nordost" kurzerhand mit Giftgas beenden ließ und dabei keine Rücksicht auf die Geiseln nahm. *Igor G. Lesnikow*

Sehr geehrte Frau Merkel: Hier besteht Handlungsbedarf!

Psychiatriemissbrauch zu politischen Zwecken

Lothar Tiedtke von Koß teilt Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem direkten Brief seine persönlichen Sorgen und die der SED-Opfer mit

✉ Kurz vor Ihrer Wahl zur Bundeskanzlerin konsultierte ich Sie, im Beisein meiner Frau, bei einer Bürger-Sprechstunde in Stralsund. Dabei informierte ich Sie über meine Aufenthalte in der Haftpsychiatrie der DDR, in Stralsund in der Station P 4. In den Jahren 1981 – 1982 und 1984 war ich ohne Gerichtsbeschluss und gegen meinen Willen dort interniert.

Anfang der 1990er Jahre hatten Sie persönlich im Krankenhaus West, in Stralsund die P4, als damalige Umweltministerin, besichtigt. Dort waren Bunker installiert, wo bereits in der NS-Zeit Menschen vernichtet wurden. In der Zeit von 1949 – 1989 hat die DDR-Diktatur dort Menschen verhungern lassen. Das beschreibe ich in meiner Autobiografie „Mundtot" (Kapitel III) vom Underdog Verlag Hamburg. Sie persönlich haben die Bunker besichtigt. Kurz nach Ihrem Besuch wurde die P4 als erstes Gebäude vom Krankenhaus West umgebaut, weil die Isolierzellen verschwinden mussten. In Ihrer Sprechstunde verwiesen Sie mich auf den Rechtsweg in Deutschland. Auch auf die Möglichkeit, Petitionen einzureichen. Der Rechtsweg führte mich über Jahre durch alle Instanzen, so über das Oberlandesgericht Rostock, den Senat für Rehabilitierungsfragen. Ich wurde am 11. Mai 2011 abgewiesen, ging dann bis zum Bundesverfassungsgericht 2 BVG 1245/11. Hier habe ich folgende Klage eingereicht: 30.07. 2015. Die Verfassungsbeschwerde wird jedoch NICHT zur Entscheidung angenommen. Stellvertretend für zwei Dutzend Petitionen an den Landtag und den Bundestag von Deutschland nenne ich die PET 2-17-02-1101-033207. Es wurden ALLE vom Landtag und dem Bundestag abgewiesen.

Die Ablehnung des BVerG ohne rechtsstaatliche Prüfung und das Ausbleiben eines demokratischen Urteils ist für mich als Opfer der DDR Haftpsychiatrie nicht zu akzeptieren. Als Bundeskanzlerin von Deutschland möchte ich Sie auffordern, entsprechend Ihrem geleisteten Amtseid und Ihrem Amt als Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichts endlich den Psychiatriemissbrauch zu politischen Zwecken in der ehemaligen DDR nicht mehr zu ignorieren und Verantwortliche zu nennen. Decken Sie in Ihren Bundesministerien nicht länger Offiziere der DDR Staatssicherheit, die sich schwerster Menschenrechtsvergehen in der DDR schuldig gemacht haben! Weisen Sie das Bundesverfassungsgericht auf ein rechtsstaatliches Verfahren von Lothar Tiedtke von Koß Stralsund, hin. Als Mitglied der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS Berlin) fühle ich mich verpflichtet, Sie erneut darauf hinzuweisen, dass im Grundgesetz alle Bürger Deutschlands GLEICH sind. Gerechtigkeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch für diejenigen, die in den Haftpsychiatrien der DDR gefoltert wurden! Lesen Sie bitte meine Biografie: „MUNDTOT".

Lothar Tiedtke von Koß

Anm.: Der Beitrag musste aus Platzgründen gekürzt werden. Eine eventuelle Antwort wird in der Fg abgedruckt.

Seine Beiträge waren gut und fanden große Resonanz

Siegfried Müller verstirbt im Alter von 90 Jahren. Nachruf auf einen Kameraden

Im Dezember vorigen Jahres erreichte den Bundesgeschäftsführer der VOS die traurige Nachricht vom Tod des Kameraden Siegfried Müller aus dem Erzgebirge. Hierin heißt es:

> *Im Sommer waren Sie in Hundshübel und haben unserem Vater das VOS- Ehrenzeichen mit dem Goldkranz überreicht. Danach hat er noch zwei schöne Vorträge in Gemeinden gehalten und über seine Erlebnisse berichtet. In den letzten Wochen wurde er dann immer schwächer und am 7. Dezember konnte er in Frieden zu Hause einschlafen. Es war ihm sehr wichtig, dass wir Ihnen das zeitnah mitteilen.*
>
> *Wir bedanken uns im Namen unseres Vaters für die gute gemeinsame Zeit und grüßen herzlich.*
>
> Frank und Claudia Müller

Der Tod pflückt sich seine Opfer oft genug, wenn sie nicht mehr die Kraft haben, ihm zu widerstehen. Für Siegfried Müller, der Ende letzten Jahres friedlich verstorben ist, war dieser Zeitpunkt gekommen. Nachdem ihn der Landesvorsitzende der VOS Sachsen Frank Nemetz und der Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich noch im Sommer zum 90. Geburtstag besucht und ihn mit dem Goldenen Ehrenzeichen der VOS geehrt hatten, begann sich der Kreis seines ereignisreichen Lebens, das zugleich von harten Entbehrungen und großem Glück erfüllt war, zu schließen. Wir alle hätten uns gewünscht, dass ihm noch einige Jahre beschert gewesen wären, in denen er unsere Reihen weiter gestärkt und uns angespornt hätte. Doch wenn jemand einen Weg nicht weiter gehen kann, dann muss man das akzeptieren, dann müssen andere für ihn den Staffelstab übernehmen. So ist es nun also geschehen.

Siegfried Müller war ein Kamerad, auf den wir nun freilich schwer verzichten können. Er war voller Wahrheit und Vertrauen, er war zuverlässig und hilfsbereit. Er stellte unerbittlich Fragen, und er benutzte in Rede und Schrift ein offenes Wort. Ende der 1990er Jahre meldete er sich in der Freiheitsglocke mit einem Beitrag zu Wort, der wie kaum ein anderer vorher Resonanz fand. Es ging um die Verhältnisse, die sich um ihn herum immer mehr zum Schlechten wendeten. Jene Freunde und Verfolgte, die dem Kommunismus ein Ende gemacht hatten, lebten am Existenzminimum und wurden eher zum Gespött als zu Helden, und die anderen, die im pseudoherrlichen Sozialismus das Sagen hatten und für den Bestand der Diktatur verantwortlich waren, erwiesen sich als Gewinner. Es war die Zeit des Erstarkens einer PDS, in der dann eine SED- Mitgliedschaft in den Medien nicht mehr als Schande oder gar als Verbrechen gewertet wurde, in der es vielmehr hieß: Wir haben ja keinem geschadet, und für sein Schicksal ist schließlich jeder selbst verantwortlich.

Siegfried Müller brachte in den nachfolgenden Jahrzehnten in der Freiheitsglocke immer wieder gesellschaftliche Konfliktfälle auf den Punkt. Es waren nicht so sehr viele Beiträge, aber die, in denen er sich mitteilte, sprachen das an, worunter viele von uns litten und was manch einer in seiner Resignation schon nicht mehr zu äußern vermochte. Er selbst resignierte nie, wiewohl er in den letzten Jahren mit einer gewissen Bitternis oft darüber klagte, dass in diesem Land vieles nicht stimmt. Er fühlte sich von der Politik im entlegenen Hundshübel nicht nur räumlich allein gelassen, und er beklagte einen um sich greifenden Bürokratismus und einen erdrückenden Formalismus, der dem wirklichen Stellenwert der SED-Opfer in keiner Weise mehr gerecht wurde und wie ihn andere ebenfalls kennen gelernt hatten: „In den Ämtern sitzen Leute, die von uns nichts mehr wissen, sie verlangen Bescheide und Nachweise, die wir früher schon nicht hatten, weil sie der Unrechtsstaat tunlichst vernichtet hatte.“ Man konnte und kann ihm nur recht geben, und man wünscht sich, dass seine Stimme noch manchmal in die Büros unserer Abgeordneten und zu denen in die Verwaltungseinheiten dringt.

Trotz allem ging er geradlinig seinen Weg und versuchte oft genug als Einzelner zu retten, was zu retten war und worin er uns etwas Jüngeren Vorbild und Bestätigung sein würde. Noch kurze Zeit vor seinem Tod, so teilt es die Familie mit, bestritt er an zwei Gemeinden Zeitzeugen-Veranstaltungen, wie er das seit dem Untergang der Diktatur häufig getan hatte. Er nahm kein Honorar und gab die Exemplare seines Buches, in dem er mit gewohnter Ehrlichkeit, ohne Pathos und dennoch tief ergreifend über sein Schicksal berichtete, kostenlos ab.

Siegfried Müller ist als ganz junger Mensch interniert worden, weil ihn die Nazis in ihren allerletzten Tagen noch zum letzten Aufgebot geholt hatten. Man machte ihn zum Werwolf und deportierte ihn nach einem aufreibenden Irrweg durch die deutschen Lager nach Sibirien. Über all dies haben wir mehrfach in der Freiheitsglocke geschrieben, und doch ist es mehr als Pflicht, nun noch einmal auf dieses Buch hinzuweisen, das so vielen renommierten Büchern von so vielen hochdekorierten Autor*innen in seiner schlichten, offenen Authentizität den Rang abläuft.

Letztlich mündet diese Lebensschilderung in die Frage, die er seinen Gesprächspartnern von der VOS mehrfach stellte und die wir ihm nicht beantworten konnten: Warum entfernen wir uns immer weiter vom wirklichen Geschehen, warum wird unser geschichtliches Erleben von anderen dargestellt, bewertet und unterschlagen?

Wenn wir hier an Siegfried Müller erinnern, wollen wir jedoch seine eigentliche große Begabung nicht vergessen. Dies ist die Kunst der Holzbearbeitung. Er war nicht nur ein hervorragender und beliebter Zeitzeuge, er galt auch jener im Erzgebirge beheimateten Schnitz- und Gestaltungskunst von Figuren als ein äußerst würdiger Vertreter.

→ *nächste Seite oben*

Und wen er als Freund und Kamerad zu schätzen wusste, den beschenkte er mit einem selbst hergestellten Figurenensemble, sei es eine Bergmannskapelle oder etwas anderes.

Du hast gesorgt, du hast geschafft,
auch oftmals über deine Kraft.
Drum ruhe aus, du gutes Herz.

Wir nehmen Abschied von unserem Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Bruder, Onkel und Freund

Siegfried Müller

geboren am 15.10.1929
gestorben am 07.12.2020

In stiller Trauer
Sohn Uwe mit Familie
Tochter Ina mit Familie
Sohn Frank mit Familie
Enkel und Urenkel
im Namen aller Verwandten
und Freunde

Hundshübel im Dezember 2020

Bis ins hohe Alter verließ ihn dieses Geschick nicht, das ihm sowohl Freude wie Broterwerb gewesen ist. Erst als ihn die Kraft endgültig verließ, musste er davon lassen.

Dass er das Gewerbe an seinen Sohn und andere Nachkommen übergab, war ihm Trost und Hoffnung. So wie er uns seine Erlebnisse und Erfahrungen weitergegeben hat, die wir auch fortan zu schätzen wissen. Uns als VOS- Mitglieder soll sein Vermächtnis Trost und Ansporn für den Kampf gegen das Vergessen sein.

Und feststeht: So wie er in den Herzen seiner großen Familie zurückgeblieben ist, wird er auch in den unseren Herzen bleiben. Erinnert sei noch einmal an sei Buch „Der Wahrheit verpflichtet“, das vor zwanzig Jahren erschienen ist und das bereits in der Freiheitsglocke vorgestellt wurde. *A. Richter-Kariger*

Spender für die VOS. Große Bereitschaft zum Anfang des Jahres

Alfred Ullmann, Sabine Steckroth, Gotthard Rammer, Bernd Schnabelrauch, Thomas Wolf, Stefan Hensel, Horst Menzel, Hans-Joachim Markgraf, Beate Rusch, Gerhard Lätsch, Roland Steinbach, Petra und Roland Frischauf, Heinz-Jürgen Klein, Gerold Müller, Gerd Berlin, Roland Ermer, Karin und Hartmut Trapp, Erdmute und Dr. Walter Weller, Rainer Günzel, Hans-Günter Bellmann, Helmut Günther, Heinz Bemme, Ingeborg Gericke, Friedhelm Stage, Waltraud Müller, Friedrich Radochla, Heidemarie und Klaus Mlodzianowski, Christoph Becke, Annelise und Norbert Schachnowski, Friedrich Mädecke, Eckhard Weiner, Reinhard Maier, Ulrich Seidel, Gotthilf Sternberg, Sven Rühlmann, Walter Schrader, Hubert Werner, Ferdinand Gesell, Christoph Glaser, Karin Langschädel, Friderun und Egon Seel, Ingrid Arena, Renate und Rolf Persich, Ingolf Braungart, Erich Marzahn, Wolfgang Altmann, Detlef Watzlaweck, Klaus Fiebig, Manfred Helbing, Klaus Poch, Karl-Heinz Ossenkop, Hans Winkelmann, Petra Heiber, Ingrid und Michael Faber, Barbara und Harald Beständig, Martina und Uwe Rutkowski, Henry Sobora, Klaus Muder, Bernd Westphal, Günter Steinrücken, Christa und Bernd Pieper, Roland Fiedler, Monika und Volkmar Christner, Horst Ahrens, Hans Stein, Manfred Loos, Jürgen Wolf, Eckehard Richter, Karl-Heinz Werner, Dr. Gernot Hundsdörfer, Annelise Bittner, Angelika Rabalt, Gabriele und Dr. Udo Heideklang, Gabriele Reichel, Ernst Levin, Peter Schneeweiß.

Danke allen, die dem Verband finanziell helfen und damit die Aufarbeitung unterstützen.

Über die Liebe im Speziellen …

Eine echte Frage-Erkenntnis (nicht nur) für dieses neue Jahr

… übrigens: Seine Feind*innen lieben, das ist ein Thema, dass ich trotz dreijährigen Theologiestudiums in Würzburg noch immer nicht verstanden habe. Denn ein Feind ist jener, der mich oder meine Liebsten vernichten will. Den soll ich nicht hassen dürfen, gar lieben können? Einen Gegner, mit dem ich mich ideologisch, theologisch, philosophisch, politisch oder sonst wie fetze, den kann ich lieben. Sogar Freund B. kann ich noch lieben, auch wenn er mir die Freundschaft gekündigt hat.

Wenn ich Lenin, Hitler, Freisler, Stalin, Mao, Pol Pot und wie die Massenmörder alle heißen, lieben soll, dann muss ich ja befürchten, dass ich diese und noch viele andere Bestien im Himmel dann begegnen müsste. Und wer schmort dann eigentlich noch in der Hölle? Vielleicht nur jene, die sich die Hölle immer leer wünschten? *Siegmar Faust*

Zitiertes: Die Machthaber in einer Diktatur scheuen nichts mehr als politisch selbstdenkende und handelnde Menschen. Es gab zu allen Zeiten der SED-Diktatur Menschen, die Widerstand leisteten, die widersprachen, die in die Opposition gingen, die sich verweigerten und die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen.

Uwe Schwabe, Bürgerrechtler aus Leipzig

Trotz vieler Ungereimtheiten haben wir dieses Buch verschlungen

Zum Tod von John le Carrés im Dezember 2020

Diesen Roman haben wir politischen Häftlinge geliebt und die deutsche Übersetzung, die 1964 erschien, verschlungen: „Der Spion, der aus der Kälte kam". Der Verfasser des Romans, der englische Autor John le Carré (1931 bis 2020), der unter seinem bürgerlichen Namen David Cornwell 1960/64 selbst im Dienst des britischen Geheimdienstes „Secret Service" gestanden hatte, war ein Mann vom Fach, das merkte man schon beim Lesen der ersten Seiten.

John le Carré ist am 12. Dezember 2020 in Truro/ Cornwall im Alter von 89 Jahren gestorben. Sein 1963 in England veröffentlicher Roman wurde 1965 mit internationaler Besetzung wie Richard Burton, Claire Bloom, Oskar Werner und Peter van Eyck verfilmt und kam am 8. März 1966 in der deutschen Fassung in die westdeutschen Kinos. Bevor ich im Herbst 1966 als Deutschlehrer nach Schweden ging, habe ich diesen Film in Mainz, wo ich studierte, dreimal gesehen. Einmal traf ich unter den Zuschauern einen Mithäftling aus Waldheim.

Die Handlung ist einfach und überschaubar: Der britische Agentenführer Alec Leamas steht 1962, die Berliner Mauer ist schon gebaut, in einer Baracke am Checkpoint Charlie, dem Grenzübergang nach WestBerlin. Er wartet dort auf seinen DDR-Agenten Karl Riemeck, der von Hans-Dieter Mundt, dem Abwehrchef der Staatssicherheit, gejagt wird. Karl Riemeck, der mit einem gefälschten Passierschein auf einem Fahrrad nach Westberlin zu entkommen sucht, wird im Niemandsland von DDR-Grenzsoldaten erschossen.

Alec Leamas wird nach dem Verlust seines letzten DDR-Agenten nach London zurückbeordert, wo er für sein Versagen Rede und Antwort stehen muss. Dann heckt man in der Zentrale einen verwegenen Plan aus: Alec Leamas wird zum Schein aus dem Agentendienst entlassen, fängt an zu trinken, zettelt eine Schlägerei an und kommt ins Gefängnis. Als er entlassen wird, nehmen sich DDR-Spione seiner an, bringen ihn in die Niederlande und von dort nach Ost-Berlin. Ziel des „Secret Service" ist es, Hans-Dieter Mundt zu stürzen, der eine Nazi-Vergangenheit hat.

Ein zweiter Handlungsstrang zeigt die englische Jungkommunistin Liz, die sich in Alec Leamas verliebt hat und ihm gegenüber vom Kommunismus schwärmt. Beide treffen sich zufällig in der DDR-Provinz wieder und fliehen gemeinsam nach Ost-Berlin, wo sie beim Übersteigen der Mauer erschossen werden.

Buch und Film haben ihre Schwächen und weisen eine Menge Ungereimtheiten auf. Ein Beispiel: Die erste Szene mit Karl Riemeck – niemals hätte die Staatssicherheit einen fliehenden Westagenten erschossen, sondern versucht, seiner habhaft zu werden. Schließlich wollte man die Hintergründe seiner konspirativen Aktivitäten aufdecken. Ein Toter aber spricht nicht mehr! Niemals auch hätte sich ein britischer Agentenführer am Checkpoint Charlie gezeigt, er wäre unweigerlich von der Staatssicherheit fotografiert worden wie 1979 Markus Wolf von der „Hauptverwaltung Aufklärung" bei einem Besuch in Stockholm.

Jörg Bernhard Bilke

Trump – missverstanden oder Bedrohung für die Demokratie?

Das Bild vom „bad president" bleibt unschön

Wir alle haben uns die Augen gerieben, und in Moskau oder Peking mag man höhnisch gegrinst haben, als Anfang Januar dieses Jahres die verkleideten, teils sogar bewaffneten Gestalten das Capitol in Washington erstürmten. Hat man geglaubt, dass so etwas möglich ist? Wenn man sich an den deutschen Medien orientiert, in denen über Trump eigentlich nie ein gutes oder wenigstens neutrales Wort gefallen ist, muss man nicht lange nach einer Antwort suchen. Denn nimmt man Kim Jong Un oder Bolsonaro aus, dann ist Trump derjenige führende Staatsmann auf dem Erdball, der als oberster Vertreter des undurchschaubar Bösen gilt. Selbst Wladimir Putin oder Xi Jiping, der eine gewollt männlich souverän, der andere gespielt freundlich gelassen, wirken vergleichsweise umgänglich bzw. beherrscht. Nie würden sie so weit gehen, ihre zivilen Rekruten oder ideologischen Gefolgsleute auf das eigene höchste Parlament zu hetzen – so präsentieren sie sich. Doch man weiß, da gibt es andere Mittel der Machtsicherung und der Unterdrückung. Nawalny, Hongkong – mehr muss man nicht sagen, es sind die Zeugen und Zeugnisse, für die Vorgehensweise von Diktaturen, für die sich die ideologischen Eliten nicht gegenüber dem eigenen Volk rechtfertigen müssen.

Und doch hat die jüngere Geschichte gezeigt, dass Diktaturen, gerade wenn sich ihre Oberhäupter so absolutistisch sicher wähnen, plötzlich wie mit einem gewaltigen Gebläse weggefegt werden können, wenn das Volk aufsteht. Man denke an den Moskauer Putsch von 1991, in dessen Ergebnis Boris Jelzin der „ruhmreichen" und angeblich unbesiegbaren Sowjetunion gerade noch ein glimpfliches Ende sichern konnte, und man denke an den Platz des himmlischen Friedens in Peking, wo sich der Kommunismus durch Panzer und Todesurteile als das offenbarte, was er war: grausam. Selbst Honecker, den der demokratische Westen mit Hochachtung und Samthandschuhen behandelte, musste in seiner Blindheit begreifen, dass alles endlich ist, mithin auch groß angelegte Formen des Unrechts.

Blicken wir aber nach Washington. So wie es bei uns ankommt, dass Trump isoliert und ungeliebt ist, unterliegen wir keiner realen Einschätzung. Trump hat realiter weite Teile der Bevölkerung hinter sich. Immer noch. Es wird auch so bleiben, egal dass die Zahl der Verehrer*innen und Glaubenden abnimmt und ihn innerhalb kurzer Zeit die großen Förderer und Finanziers fallengelassen haben. Und keineswegs ist es der Pöbel, der ihn stützt und – nicht nur bildlich gesprochen – für ihn ficht. Für all diese Leute, deren Geisteshaltung bei vielen Deutschen kein Verständnis findet, ist er der Schutz gegen Rechtlosigkeit und gegen einen aufkommenden Kommunismus, den es freilich niemals in den USA so gibt und mit dem der neue Präsident Joe Biden in keiner Weise etwas zu tun hat. Letzterem, Joe Biden, obliegt es nun, den Menschen zu zeigen, dass es ein „great America" auch ohne Trump geben kann und dass es keine Art, sondern ein Verbrechen ist, das vom Volk gewählte Parlament mit offener Gewalt zu bedrohen. Dann werden die USA auch schnell wieder in die alte Führungsrolle zurückkehren.

B. Thonn

Bei seinen Führungen war es immer mäuschenstill

Ein Nachruf auf Horst Jänichen von Dirk Vogel

Ende letzten Jahres, am 24. Dezember verstarb Kamerad Horst Jänichen (geboren 1931) an den Folgen einer Corona-Erkrankung. Horst Jänichen wurde 1946 im Alter von 15 Jahren wegen „Widerstands gegen die sowjetische Besatzungsmacht“ im sogenannten Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen inhaftiert. Nach seiner Entlassung im Juli 1948 betätigte er sich weiterhin oppositionell und engagierte sich in der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), so dass er im Dezember 1950 erneut festgenommen wurde.

Wegen „Verbreitung tendenziöser Gerüchte“ verurteilte man ihn zu acht Jahren Freiheitsstrafe, die er vollständig absitzen musste. Nach seiner Entlassung im Januar 1959 floh er nach West-Berlin, wo er sich in der SPD engagierte. Von 1967 bis 1971 vertrat er die Partei im Berliner Abgeordnetenhaus, und von 1989 bis 1999 war er Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung im Bezirk Tiergarten. Seit 1973 arbeitete er in der Pressestelle des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen, 1989 wurde er Referatsleiter im Bundesministerium des Inneren. Er verließ seine Partei im Protest, als sie in Berlin eine Koalition mit der Nachfolgerin der SED einging.

Unermüdlich war sein Engagement für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Gleich zu Beginn der 1990er Jahre machte er sich stark dafür, dass aus dem Stasi-Gefängnis, in dem er in seinen jungen Jahren saß, eine Gedenkstätte wurde. Dabei scheute er keine Konfrontation. Zwei Jahrzehnte lang führte Horst Jänichen dann selbst Besuchergruppen durch die Gedenkstätte. Mit seiner leisen, liebevollen und friedfertigen Ausstrahlung sensibilisierte er generationsübergreifend für SED-Unrecht. Mucksmäuschenstill waren alle Besucherinnen und Besucher während seiner Führungen.

Besonders gut konnte er durch die Erzählungen über sein Schicksal die jungen Erwachsenen erreichen. Auch weil er in ihrem Alter ins Visier des sowjetischen Geheimdienstes geriet. Mit enormem Fachwissen und beispielhafter Einfühlsamkeit beeindruckte er die Besuchergruppen. Stets blieb er als höchst faszinierende Persönlichkeit in Erinnerung. Somit setzte er als Zeitzeuge und Referentensprecher klare Akzente, war dabei sehr hilfsbereit, großzügig und äußerst beliebt.

Auch das Zusammenführen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der unterschiedlichen Haftepochen sowie das harmonische Integrieren neuer Kolleginnen und Kollegen waren ihm ein großes Anliegen, dem er sich mit viel Herzenswärme und Liebenswürdigkeit widmete. Wir würdigen, wie er seinen schweren Lebensweg ungebrochen beschritt und genau das Gegenteil dessen ausstrahlte, was er erleben musste. Wir sind in Gedanken bei seinen Familienangehörigen. Horst Jänichen wird der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sehr fehlen – ohne Menschen wie ihn gäbe es diesen Gedenkort heute nicht. *Dirk Vogel*

***Anm.**: Dirk Vogel ist renommierter Fotograf und international für Journale tätig. Er porträtierte Horst Jänichen 2015. Der vorstehende Nachruf wurde für die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen verfasst.*

Pandemie: Bleiben Sie behütet und von der Krankheit verschont

Aufklärende Hinweise und Verhaltensregeln, die gerade uns SED-Opfern helfen sollen

Da das Corona-Virus für uns alle eine Gefahr ist, der gerade die höheren Altersgruppen, zu denen die VOS-Mitglieder überwiegend ausgesetzt sind, sollen an dieser Stelle einige grundsätzliche Anmerkungen aus Sicht von Fachärzten erfolgen. Zunächst betrifft es das Angebot der Schutzimpfung. Hierzu die Mediziner:

Sie sollten sich unbesorgt impfen lassen. Sie schützen damit sich – und was auch wichtig ist –die Menschen, denen Sie begegnen.

Im Alltag gilt, sich strikt so zu verhalten:
- Nahe anderen Menschen die FFP2-Maske tragen.
- Unterwegs ein Desinfektionsmittel – gegen Viren! – dabei haben und dieses für die Hände benutzen. Achtung!, bei Supermärkten befinden sich meist am Eingang Sprühflaschen und Papiertücher, mit denen man sich die Hände abreiben kann.
- So gehen Sie mit Joggern um, die unvermeidlich dicht an Ihnen vorbeikeuchen: Bitte für etwa fünf Sekunden die Luft anhalten und Abstand suchen.
- Den grauen Alltag, den man derzeit fast ausschließlich zu Hause verbringen muss, kann man sich mit guten Büchern, Musik oder die Nutzung der Mediathek im Fernsehen abwechslungsreicher gestalten.

Über die Impfimmunität lässt sich sagen: Nach einer überstandenen Infektionskrankheit haben sich im Rekonvaleszenten spezifische Antikörper gegen den überwundenen Erreger gebildet. Begegnet der oder die Geheilte dem Erreger erneut, wird dieser durch den speziellen Antikörper vernichtet, bevor er krankmachen kann. Gelingt es Forschern, den Erreger so abzuschwächen, dass er zwar nicht mehr krankmacht, aber den menschlichen Körper noch zur Entwicklung der speziellen Antikörper veranlasst, dann kann man den abgeschwächten Erreger als Impfstoff gebrauchen. Bei Infektionskrankheiten gilt es also, Möglichkeiten zu finden, den Erreger so zu verändern, dass er zwar nicht krank macht, aber noch die Immunantwort provoziert.

Reaktionen auf die Impfung können genau jene Nebenwirkungen sein, die bei der/dem Geimpften auch jede andere intramuskulären Spritze (Medikamente, Vitamine, andere Impfungen usw.) verursacht: Reizungen an der Stichstelle (z. B. Rötung), Reizungen durch die Flüssigkeitsansammlung im Muskelgewebe (z. B. leichter Verdrängungsschmerz) und die Begleiterscheinungen der Antikörperbildung (eine Art sehr abgeschwächter Entzündung), häufig mit Kopfschmerzen, selten Gliederschmerzen und sehr selten leichtem Fieber. Da jeder Körper auf verschiedenste Reize ganz verschieden stark reagiert, kann es a.) sein, dass Sie gar nichts merken, b.) dass Sie das eine oder das andere hier Beschriebene merken, oder schließlich c.), dass eine der beschriebenen Reaktionen stärker als üblich auftritt. Da sich viele mit Vorbehalt impfen lassen, folgt häufig eine stärkere Selbstbeobachtung mit Auswirkungen im Sinne einer „selffulling prophesie“.

Dr. Tilmann Dieterich, Dr. Klaus Müller, Ärzte, Düsseldorf, (übermittelt von Detlef v. Dechend)

Geht es um Stimmenfang oder um soziale Leistungen?

Die vormals viel gepriesene Grundrente entpuppt sich (vorläufig) als eine Art hohler Zahn. Niemand weiß, was drin ist und ob sie einen wirklichen Nutzen bringt / Ein Kommentar

Es ist noch nicht lange her, da drohte die regierende GroKo wieder einmal zu zerbrechen. Es ging um die Grundrente, eines der Lieblingsthemen der SPD. Diese beharrte, wer sein Leben lang – zumindest aber 35 Jahre – gearbeitet habe, der dürfe bei den Altersbezügen nicht unter dem Niveau der Grundsicherung (ca. 850 Euro) berentet sein, der sollte auch seinen Lebensabend würdig verbringen dürfen. Das führte zum vehementen Widerspruch der Unionsparteien. Grund: das sei erstens zu teuer und zweitens zu pauschal argumentiert. Die Argumentation seitens der SPD war genau genommen nicht die schlechteste, denn seit Einführung des Euro sind die Renten in der Relation erheblich gesunken, wobei auch das Renteneintrittsalter strenger gehandhabt wird. Und nebenbei bemerkt: nicht nur die Renten, andere Einkommen wie die im Öffentlichen Dienst betraf das ebenso. Die Gehälter für gehobene Manager betraf das jedoch weniger ...

Doch die Renten stiegen im Vergleich zu Löhnen und Gehältern nicht so schnell, sie wuchsen jährlich gerade um zwei bis drei Prozent, was in den unteren Chargen nur geringen Zuwachs brachte. Zudem haben Rentnerinnen und Rentner aufgrund des Alters und des meist nicht mehr vollwertigen Gesundheitszustandes nicht unbedingt die Gelegenheit des Dazuverdienens, sie können sich auch nicht für höhere Einkommensgruppen weiterqualifizieren, nicht mit an sich verbotener Schwarzarbeit das Einkommen aufbessern oder in einen besser bezahlten Job wechseln, weil sie nun mal *nur* Rentner sind. Rentner haben altersmäßig und sozial betrachtet sozusagen das Ende der Fahnenstange erreicht, sie sehen sich außerdem besonders wehrlos den stark steigenden Wohnungsmieten und den explodierenden Heiz-, Strom- und Benzinkosten ausgeliefert. Insofern war die Verheißung, die in diesem Fall als Heil vom gleichnamigen SPD-Minister angezettelt wurde, durchaus eine Hoffnung, deren Erfüllung keineswegs ein sogenannter Selbstläufer sein dürfte.

Freilich wurde von der zweiten Kraft des Tandems namens Bundesregierung, dem Unionslager, sofort die stets griffbereite Bremse betätigt. Die Allerweltskeulen namens „nicht finanzierbar“ und „zu pauschal“ kamen zum Einsatz. Das abgegriffene Beispiel der alibihaft beschäftigten Zahnarztgattin, die realiter ja *nur* Hausfrau gewesen sei, kam zum Vorschein, und damit verband man die Gegenforderung nach der Bedürftigkeitsprüfung.

Letzterer Begriff ist den SED-Opfern, die die Besondere Zuwendung erhalten, in anderer Hinsicht längst bekannt, obschon er wegen der meist geringen Einkommen dieser Betroffenen-Kategorie kaum zur Wirksamkeit gelangt. Aber es gibt diese Prüfung, die nichts anderes als eine Bindung der finanziellen Leistung an das bisherige Einkommen ist. Damit werden dann jene SED-Opfer bestraft, die es nach der Haftentlassung in der Bundesrepublik beruflich gut geschafft haben.

In Sachen Grundrente ist die Bedürftigkeit – dies sei hiermit eingeräumt – keine fiktive Größe. Doppelberentete, die gut situiert sind, gibt es genug, und man kann tatsächlich die Frage stellen: müssen deren Partner*innen dann zusätzlich von der pauschal genehmigten Grundrente profitieren?

Wie üblich, wenn es um das liebe Geld geht, wurde wegen der Grundrente in der Regierungskoalition heftig gestritten. Natürlich stand dabei nicht unbedingt das Wohl der potenziell Begünstigten im Vordergrund, sondern es ging um Stimmenfang und Rechthaberei. Es ging auch darum, dass man vor den Wählerinnen und Wählern das Gesicht wahrte, auch wenn sich allmählich andere Entwicklungen abzeichneten.

Demzufolge wurde verhandelt, und weil dies hinter schalldichten Türen geschah, wurden letztlich Meldungen herausgegeben, die unklar blieben und keinem Koalitionspartner wehtaten bzw. schadeten. Etwa: Ja, die Grundrente kommt, sie kommt allerdings zeitlich versetzt, wird aber rückwirkend angerechnet. Und: Nein, nicht jede oder jeder kriegt sie, es werden die Rentenpunkte zugrunde gelegt. Trotzdem wird vielen geholfen werden. Man kennt das (klassische) Zitat von Helmut Kohl: Keinem wird es schlechter gehen, aber vielen besser. Wirklich?

Wer sich auskennt oder betroffen ist, der weiß, dass damit das eigentliche Ziel systematisch ausgehebelt wurde. Wenn man 35 Jahre oder noch mehr verkürzt oder im Minijob beschäftigt war, reichen die Punkte meist nicht für die Grundrente aus, dann hätte man aber ohnehin eine höhere Altersrente erreicht. Hingegen könnte die viel strapazierte Zahnarztgattin durchaus auf diesen Satz kommen, weil vom Gatten vermutlich in weiser Ahnung genug eingezahlt wurde.

Zum Jahresanfang wurde nun verkündet: Die Grundrente kommt, im Durchschnitt erhalten die armen Schlucker 75 Euro mehr im Monat. Um es mal profan zu sagen: Wer bislang guter Hoffnung war, der kratzt sich jetzt nachdenklich den Kopf. Liegt der- oder diejenige über oder unter dem Durchschnitt, und hat sie oder er überhaupt genug Rentenpunkte angesammelt, um wenigstens diese 75 Euro, die weiß Gott auch nicht das sogenannte Eingemachte sind, abzustauben?

Wir tappen im Dunkeln, und um es ganz frech zusagen: Man hat den Eindruck, die Verantwortlichen in der Regierung tun es auch. Heißt es doch: Es wird Monate dauern, bis die Begünstigten Bescheid wissen. Es muss alles einzeln berechnet werden.

Nun, man muss kein Politik- Experte sein, um zu ahnen, dass sich die Zahl der Monate mit neun quantifizieren lassen könnte. Dann haben wir die Bundestagswahlen hinter uns, und man kann uns in der Nachlese wieder saure Äpfel zu futtern geben. Abgesehen davon reden wir jetzt sowieso fast nur über die Gefahren der Pandemie und über den abgewählten USA-Präsidenten Trump.

Die Grundrente kann – wie vieles andere, was zuvor in große Töne gekleidet worden ist – erst mal warten. Suchen wir also unser(en) Heil woanders. *Valeria Bosse*

Der Kontakt mit dem Klassenfeind und die Unannehmlichkeiten

Ein unerwünschtes Telefonat aus der DDR in den Westen konnte schlimme Folgen haben

Es war meiner Erinnerung zufolge in den frühen 1980er Jahren, als ich an einem Montag gleich zum Arbeitsbeginn um 8 Uhr von der Sekretärin meines Ärztlichen Direktors, Frau W. in meiner Abteilung angerufen wurde. Sie teilte mir bedeutungsvoll und irgendwie gefahrverkündend mit, unser Obermedizinalrat Dr. … wolle mich unbedingt am nächsten Tag in aller Herrgotts Frühe persönlich in seinem Dienstzimmer sprechen. Dabei verhehlte sie mir nicht, dass es in dem Gespräch um etwas „sehr Schlimmes“ gehen würde. Mehr verriet sie mir nicht.

Obwohl ich lange grübelte, aus welchem Grund ich so unvermittelt zu meinem Chef bestellt wurde, fiel mit nichts besonders Gravierendes ein. Fest stand jedoch, dass es sich um nichts Erfreuliches handeln konnte.

Am nächsten Morgen machte ich mich daher nach einer unruhigen Nacht und recht verunsichert auf den Weg in das ca. 2 km entfernte Kreiskrankenhaus, wo mich der Obermedizinalrat mit einer ernst angespannten Miene, die auch unverhohlen mürrisch war, empfing und in barschem Ton zu mir sagte, dass ich „Feinden der Republik“ mein Telefon geliehen hätte und ähnliche Gespräche wie am letzten Wochenende sofort und künftig zu unterlassen hätte.

Sicher bereitete ihm, der stets parteilos blieb, diese „Aussprache“ keine Freude, die er als Vorgesetzter im Auftrag Dritter durchführen musste. Das gehörte in der DDR zum Alltagsgeschäft. Gern machte er das sicher nicht.

„Bisher dachten wir nicht, dass Sie mit Feinden der Republik in einem Boot sitzen. Wenn Sie jedoch Ihr Verhalten nicht ändern, so müssen wir annehmen, dass das so ist. Im Übrigen möchte ich Ihnen ohnehin sagen, dass es unklar ist, wie lange wir Sie hier noch halten können.“

Ich war allein mit ihm in seinem Büro. Warum also diese unterkühlte Atmosphäre unter Kollegen?

Ich fragte daher recht naiv: „Also wird mein Apparat abgehört, oder wie soll ich mir das alles erklären?“

So war es in der DDR

Die Antwort meines an sich sehr guten, durch und durch menschlichen Chefs kam resolut: „Was für ein Unsinn. Niemand hier hört Ihr Telefon ab.“.

Wenn sie mich nicht abhörten, was war dann so Schwerwiegendes geschehen, dass er so von der Norm seines ansonsten immer höflichen Verhaltens abwich?

Ein privater Telefonanschluss war in der DDR etwas ganz Besonderes. Wie die meisten Ärzte besaß auch ich dieses Privileg und war damit in unserem Wohnhaus der Einzige, der Ferngespräche direkt aus seiner Wohnung führen konnte, ohne das nahegelegene Postamt aufsuchen zu müssen. Auch andere Hausbewohner oder Nachbarn benutzten gern meinen Anschluss, den ich selbstverständlich niemandem verwehrte. Die nächste Telefonzelle war mindestens zwanzig Minuten entfernt. Und oft genug war sie kaputt, oder jemand hatte den Münzzähler blockiert, wodurch er quasi unbegrenzt umsonst telefonieren konnte.

Am Freitagabend vor der Aussprache erreichte mich ein Ferngespräch. Eine etwa 20-jährige Nachbarin aus dem Obergeschoss hatte mich mit einer sehr freundlichen, beinahe jubelnden Stimme gebeten, ihren Vater zu uns an das Telefon zu holen, weil sie mit ihm ein dringendes Gespräch führen wolle. Ich dachte mir nichts dabei und hatte, möglicherweise auf Grund einer damals schon erkennbaren Hörverminderung, nicht bemerkt, dass der Anruf aus der norddeutschen Elbmetropole Hamburg kam. Ich holte also den Vater an die Leitung. Er freute sich riesig und strahlte über das ganze Gesicht. Nach dem Telefonat erfuhr ich von ihm, dass seine älteste Tochter die Republik erfolgreich illegal verlassen hatte. Sie hatte im östlichen Ausland einen westdeutschen Medizinstudenten kennen gelernt und sich offenbar in ihn verliebt. Nach wiederholter Ablehnung eines Besuchsbegehrens durch die örtlichen Behörden sei ihr das Bravourstück der Flucht gelungen. Die Freude steckte an. Wir freuten uns mit dem Papa über die erfolgreiche Aktion, behielten es aber für uns. Am nächsten Morgen rief die Tochter erneut an. Dieses Mal holten wir auf ihren Wunsch beide Eltern zu uns. Vorher wechselte ich einige freundliche Worte mit ihr, ohne dass ich über den Grund und die Art ihrer Republikflucht etwas erfahren wollte.

Nach der Vorladung zu meinem Chef teilte ich den Eltern der jungen Frau mit, dass ich Schwierigkeiten wegen der beiden Telefonate bekommen hätte, ohne dass ich darum bat, dies nicht zu wiederholen. Diese Entscheidung wollte ich nicht treffen. Daraufhin rief die junge Frau nur noch selten bei mir an. Auch diese von staatlicher Seite unerwünschten Kontakte zu ihren Eltern unterband ich nicht, vermied aber jede Unterhaltung, die über die bloße telefonische Vermittlung hinausging. Offenbar hatten sich die „Langohren“ mit diesem Modus meiner erzwungenen Wortkargheit abgefunden, denn künftige unangenehme Aussprachen mit meinem Direktor, der in der DDR stets ein ärztlicher Kollege war, kamen nicht mehr vor.

P.S. Nach der Wende hat sich Obermedizinalrat Dr. Döring als der Beste aller meiner ärztlichen Direktoren bei mir für sein damaliges Verhalten entschuldigt.

Dr. Heinz Schneider

30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit

Der Abschlussbericht der Kommission und die offen gebliebenen Fragen zu den Gedenktagen

Eine Denkschrift von VOS und IEDF nimmt dazu Stellung

Schon seit Beginn des Kampfes von IEDF und VOS um die Rücknahme des Rentenunrechts gegen Haftopfer und Flüchtlinge aus der DDR berichtete die Freiheitsglocke über die Initiativen beider Organisationen. Dabei kam es sowohl zu Briefwechseln, Petitionen und Demonstrationen. Nichts jedoch bewegte sich, obwohl großer Aufwand betrieben und viele Hoffnungen geschürt wurden.

In den Jahren 2019 und 2020 wurden nun die Jahrestage des Sturzes der DDR-Regierung und der nachfolgenden Wiedervereinigung begangen. Im Nachhinein entstand ein Bericht, der zwar kein komplex falsches Bild der Verläufe zur Einheit gibt, der jedoch die wesentliche, die eigentlich entscheidende Rolle des Jahrzehnte langen Widerstands von erklärten Regimegegnern unterschlägt.

Da die Stimme(n) dieser Menschen inzwischen nicht mehr wahrgenommen werden, haben IEDF und VOS als Konsequenz eine Denkschrift vorgelegt, in der die Mängel und Defizite in der Bewertung des Geschichtsverlaufes nochmals aufgeführt sind. Die Verfasser bzw. Herausgeber erachten es als sinnvoll, wenn die Bezieher*innen unserer Zeitung diese Schrift an andere Medien und Politiker*innen weiterleiten würden.

Ein leider sehr einseitiger Bericht

Am 7. Dezember 2020 wurde der mehr als 200 Seiten umfassende Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ veröffentlicht. Mit diesem Bericht wird ein Überblick über die Gedenkveranstaltungen in den beiden Jubiläumsjahren gegeben. Gleichzeitig wird eine Interpretation des Prozesses der Wiedervereinigung Deutschlands aktenkundig gemacht.

Das in diesem Zusammenhang notwendige Statement der SED-Opfer- und Flüchtlingsverbände VOS und IEDF spiegelt die Erfahrungen und Sorgen seiner heute noch lebenden Mitglieder wider.

Dem Bericht muss angesichts der historischen und weltpolitischen Bedeutung der friedlichen Wiedervereinigung beider deutscher Staaten leider eine durchgängige Einseitigkeit bescheinigt werden, die grundsätzliche Fragen aufwirft.

Die Flucht aus der ehemaligen DDR war im Westen immer als ein klares Zeichen dafür gesehen worden, dass das SED-Regime ein System stalinistischer Unterdrückung war. Die Flüchtlinge aus der DDR haben mit ihrem Handeln dem unmenschlichen real-sozialistischen System die Stirn geboten und damit zur politischen Delegitimierung der DDR beigetragen.

Die Herstellung der Deutschen Einheit hat die gesellschaftliche Sicht auf das Phänomen „Flucht und Ausreise“ jedoch deutlich verändert. Das hat vielerlei Ursachen.

Vor diesem Hintergrund hatte sich die Gründung der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) als notwendige Ergänzung zu dem schon seit 1950 bestehenden Verein „Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.“ (VOS) erwiesen.

Die ehemaligen Flüchtlinge aus der DDR, die Ausreiseantragsteller, die aus politischer Haft Freigekauften, die aus politischen Gründen Abgeschobenen, sehen sich in den Jahren nach der Herstellung der Deutschen Einheit in ihren Bemühungen um Anerkennung ihrer Motivation, um Respektierung ihrer Lebensleistung, um die Rückabwicklung von demütigenden sozialpolitischen Entscheidungen, die nach dem Beitritt der DDR getroffen wurden, zahlreichen Vorbehalten, sogar Widerständen ausgesetzt.

Das geteilte Europa – das geteilte Deutschland

Der historische Bogen der Wiedervereinigung reicht zurück bis zum Volksaufstand in der ehemaligen DDR am 17. Juni 1953. Die Repressionen nach dessen Scheitern alarmierten die demokratische Weltöffentlichkeit und diskreditierten den selbsternannten deutschen Friedensstaat erheblich.

Berichte über politische Unrechtsurteile, menschenunwürdige Haftbedingungen und Folter in den Haftanstalten der Staatssicherheit gelangten in den Westen. Bis zum 13. August 1961, an dem die Teilung Deutschlands manifest wurde, war ein Verlassen der DDR noch relativ einfach möglich gewesen. Der Bau der Mauer, der nach dem Willen der DDR-Führung der Fluchtbewegung einen Riegel vorschieben sollte, konnte nicht verhindern, dass widerständige DDR-Bürger weiterhin alles daran setzten, die DDR zu verlassen. Versuche, sich innerhalb der DDR für demokratische Veränderungen einzusetzen, wurden gnadenlos unterdrückt und waren daher völlig aussichtslos.

Im Vertrag von Helsinki (mit Schlussakte 1975 – *d. Red.*) hatte sich die DDR-Führung dazu verpflichten müssen, eine begrenzte Reisefreiheit für ihre Bürger zu ermöglichen. Das war der Preis für den Wunsch nach einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR.

Nachdem der Vertrag am 1. August 1975 unterschrieben war, begann in der DDR ein neues Kapitel der Republikflucht. Unter Berufung auf den Vertragstext haben viele Bürger der DDR einen förmlichen Antrag auf „ständige Ausreise aus der DDR“ gestellt.

Trotz der Repressalien durch die „Organe“ des SED-Apparates kam es zu einem wachsenden Ausreisebegehren, insbesondere hochqualifizierter DDR-Bürger. Die Mittel, die zur Abschreckung angewendet wurden, waren vielseitig: Verlust der Arbeitsstelle, Verlust von Einkommen und Rentenanwartschaft, Verlust der Ausbildungsmöglichkeiten der Kinder der Ausreisewilligen, wiederkehrende Vorladungen bei den „Organen“, Bespitzelung, Zersetzung, wiederkehrende Ablehnungen des Antrages, Androhung von Haftstrafen, Haft.

Einigen gelang trotzdem die Flucht durch direkte Überwindung von Mauer und Stacheldraht. Vielen gelang sie nicht. Entweder sie wurden erschossen oder verhaftet und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

→ *nächste Seite oben*

→ von voriger Seite

Aber allen Fluchtgeschichten ist eines gemeinsam: Flucht und Ausreise haben das SED-Regime in politischer, moralischer und ökonomischer Hinsicht geschwächt und ausgehöhlt. Im Herbst 1989 war die DDR letztendlich politisch und ökonomisch derart destabilisiert, dass die Friedliche Revolution und damit der Sturz des SED-Regimes gelingen konnte.

Die von Gorbatschow geführte Sowjetunion hatte zudem der von Honecker geführten DDR ihre Unterstützung entzogen.

Der Widerstand gegen das SED-Regime und der Kampf für die deutsche Einheit hatte jedoch eine lange Vorgeschichte. Historisch gesehen sind die Ereignisse rund um den 17. Juni 1953 in Ostberlin und Mitteldeutschland als Beginn des Wiedervereinigungsprozesses beider deutscher Staaten zu betrachten. Beteiligte dieses Volksaufstandes wurden wie auch die Regimegegner der späteren Jahre gnadenlos verfolgt und mit hohen Gefängnisstrafen bestraft. Über 40.000 politische Häftlinge wurden von der Bundesrepublik ab Anfang der 1960er Jahre freigekauft. Viele von ihnen kämpften dann vom freien Teil Deutschlands aus über die SED-Opfer- und Flüchtlingsorganisationen sowohl für die Freilassung ihrer in den Zuchthäusern der DDR zurückgehaltenen Haftkameraden als auch für die Einheit Deutschlands. Haben diese mutigen ehemaligen Ostdeutschen heute etwa keine historische Würdigung mehr verdient?

Stattdessen reduzierte die Kommission das Thema „Flucht und Ausreise“ ausschließlich auf Ereignisse des Jahres 1989. Als initialer Auslöser wird die Gründung des „Neuen Forum“ mit der Aussage „Die Zeit ist reif“ beschrieben. Dabei wird übersehen, dass diese Gruppe zunächst lediglich politische Veränderungen in der DDR zum Ziel hatte. Erst, als auch Ausreisewillige in Leipzig wochenlang montags auf die Straße gingen und skandierten „Wir wollen raus“, ohne dass die Staatsmacht dies unterbinden konnte, entwickelte sich die Unmut der Menschen über die Zustände in der DDR zu einer Massenbewegung sowohl von Perestroika-Anhängern als auch Ausreisewilligen. Der Öffnung der Mauer am 9. November in Berlin, in dessen Folge der 2 + 4-Vertrag die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten besiegeln sollte, gingen spektakuläre Botschaftsbesetzungen in Prag und massenhafte Grenzübertritte in Ungarn voraus. Diesem politischen Druck nach Freizügigkeit und letztlich Wiedervereinigung unseres 40 Jahre lang getrennten Vaterlandes war die DDR-Führung nicht mehr gewachsen und kapitulierte.

Diese historische Wahrheit hätte im Bericht der Kommission ihren berechtigten Platz finden müssen!

Die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ – Aufgabenstellung, Anspruch und Ergebnis

Die Kommission war von der Bundesregierung eingesetzt worden, das historische Ereignis des Sturzes der SED-Diktatur und der damit möglich gewordenen Herstellung der Einheit Deutschlands zu würdigen und eine Art bilanzierende Aufarbeitung der nachfolgenden Entwicklung anzuregen.

Der Anspruch damals (Pressemitteilung vom 03.04.2019):

„*Die Bundesregierung möchte die dreißigsten Jahrestage der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit als ein für ganz Deutschland einendes Jubiläum begehen, das auch ein Bewusstsein dafür schafft, dass die Deutsche Einheit ein Prozess ist, der noch nicht abgeschlossen ist*.“

„*Der Fokus dieser Jubiläumsfeierlichkeiten soll auf gegenseitigem Austausch und Dialog liegen.*“

Unter Berufung auf diesen Anspruch hatten sich IEDF und VOS von Beginn an gemeinsam bemüht, von der Kommission wahrgenommen und zur Mitarbeit eingeladen zu werden.

Am 28.08.2019 wurde dem Vorstand der IEDF in Aussicht gestellt:

„*Die Kommission hat das Thema ‚Flucht und Ausreise‘ aufgegriffen und wird sich damit voraussichtlich in einer eigens konzipierten Veranstaltung Ende September befassen, die derzeit vorbereitet wird. Hierzu werden Sie als Vorsitzender des IEDF eingeladen werden. Dies bitte ich aber noch vertraulich zu behandeln. Denn am 9. September wird die Kommission ihre Vorschläge zur Ausgestaltung des Jubiläumsjahres erstmals der Öffentlichkeit vorstellen und auch auf die Bedeutung von Flucht und Ausreise eingehen.*"

Zu einer Einlösung dieser Zusage kam es nicht. IEDF und VOS hatten vor dem Hintergrund des Doppeljubiläums die Hoffnung, die systemische Nichtbeachtung und Diskriminierung der DDR-Flüchtlinge zu thematisieren, die nach der Herstellung der Einheit Deutschland eine neue Qualität erfuhr. Da sie inhaltlich mit dem Ereignis „Sturz der SED-Diktatur“ begründet wird, ist eine unerträgliche Kausalität entstanden. Diese ist in politischer Hinsicht völlig deplatziert, hatte doch die „Abstimmung mit den Füßen“ wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Friedliche Revolution Fahrt aufnehmen und zur Einheit Deutschlands führen konnte.

Die ehemaligen DDR-Flüchtlinge im Prozess der sozialpolitischen Wiedervereinigung

Mit dem Beitritt der DDR kam eine neue, zunächst aber unbemerkbare Realität auf die ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller und freigekauften politischen Häftlinge zu.

Der Einigungsvertrag vom 30. September 1990 hatte die rechtlichen Bedingungen des Beitritts zum Grundgesetz festgeschrieben. Mit Art.30 (5) wurde festgelegt, das geltende deutsche Rentenrecht auf das Beitrittsgebiet überzuleiten.

Im Dezember 1989 hatte der 11. Bundestag gerade in breitem Konsens aller politischen Kräfte das Rentenreformgesetz 1992 (RRG 92) beschlossen. Bevor es in vollem Umfang in Kraft treten konnte, stand der Beitritt der DDR auf der Tagesordnung.

Mit Vollzug der Einheit Deutschlands war das gerade beschlossene RRG `92 auf die Neuen Bundesländer überzuleiten. Die Adressaten dieser Rentenüberleitung sind nach dem übereinstimmenden Willen der Bundesregierung, des Bundesrates und des Bundestages die Bürger und Versicherten des Beitrittsgebietes.

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite

So schreibt es der Einigungsvertrag vor, und so weisen es alle einschlägigen amtlichen Dokumente der Jahre 1990 bis 1993 aus.

Durch eine Fehlinterpretation der Rentenüberleitungsgesetzgebung werden jedoch die bereits vor der Wiedervereinigung in die Bundesrepublik integrierten Personen mit DDR-Biografie rückwirkend mehrheitlich schlechter gestellt, als wären sie in der DDR geblieben. Dies ist verfassungsrechtlich höchst fragwürdig und sozialpolitisch keinesfalls hinnehmbar.

Aktuelle Fragen an Politik und Kommission

Die ehemaligen DDR-Bürger, die aus der DDR in die Bundesrepublik geflohen waren, die einen Ausreiseantrag gestellt und genehmigt bekommen hatten, die aus politischen Gründen Abgeschobenen und die aus politischer Haft Freigekauften lebten im Geltungsbereich des Grundgesetzes, als der Beitritt der DDR besiegelt wurde.

Ihre rechtlichen Verbindungen zur DDR waren restlos erloschen. Sie waren im Rechtsraum der Bundesrepublik beheimatet und vertrauten auf den Bestand der Festlegungen und Ergebnisse ihrer einstigen Eingliederung.

Sie alle und ihr soziales Schicksal finden sich in dem Abschlussbericht der Kommission nicht wieder.

Daraus ergeben sich dringende Fragen an die Bundesregierung:

- Hat die Personengruppe der DDR-Altübersiedler, also der ehemaligen DDR-Bürger, die in der Zeit der deutschen Teilung im Geltungsbereich des Grundgesetzes ansässig geworden waren, bei der Gesetzgebung zum Beitritt der DDR eine Rolle gespielt? Hat der Bundestag als Gesetzgeber zum Beitritt der DDR einen Beschluss gefasst, der in die Rechtspositionen der DDR- Altübersiedler eingreift?
- Wo findet sich ein Beleg für die „politische Entscheidung“, nach der die DDR-Altübersiedler rückwirkend dem Wirkmechanismus der Rentenüberleitung (RÜG) ausgesetzt werden?
- Welches sind die Gründe dafür, dass in die Kommission kein einziger Teilnehmer mit der Biografie eines „DDR- Altübersiedlers“ berufen wurde, geschweige der SED-Opfer- und Flüchtlingsverbände?

- Welches sind die Gründe dafür, dass 20 der insgesamt 22 Mitglieder der Kommission eine reine ostdeutsche Biografie haben?

Daraus ergeben sich auch dringende Fragen an die Kommission:

- Handelt es sich bei der Reduzierung des Phänomens „Flucht und Ausreise“ auf die Ereignisse des Jahres 1989 um ein redaktionelles Versehen?
- Da in der Kommission Historiker mitgewirkt haben, ist anzunehmen, dass das nicht der Fall ist. Welches ist der Grund dafür, dass die Flucht- und Ausreisebewegung der Jahre vor 1989 außer Betracht geblieben ist?
- Bestand in der Kommission Einigkeit darüber, dass die „Abstimmung mit den Füßen“ einen erheblichen Einfluss auf die politische, moralische und ökonomische Verfasstheit der DDR ausgeübt hat und damit entscheidend für den Fall der Mauer verantwortlich war?
- War den Mitgliedern der Kommission bekannt, dass die DDR-Altübersiedler unter Berufung auf den Beitritt der DDR einen politisch motivierten, unverhältnismäßig harten Eingriff in ihre Altersversorgung hinzunehmen haben?
- War den Mitgliedern der Kommission bekannt, dass die DDR-Altübersiedler sich gegen diese Maßnahme seit vielen Jahren zur Wehr setzen, zuletzt mit der dem Deutschen Bundestag seit April 2018 vorliegenden Petition/ Beschwerde 3-19-11-8222-006233?
- War den Mitgliedern der Kommission bekannt, dass die nach den Vorschriften des FRG berechnete Rente für DDR-Altübersiedler in derselben Größenordnung liegt wie die für Versicherte des Beitrittsgebiets nach den Vorschriften des RÜG berechnete Rente?
- War den Mitgliedern der Kommission bekannt, dass die Unterstellung der DDR-Altübersiedler unter die Vorschriften des RÜG zu Rentenbeträgen führt, die z.T. weit unterhalb von denen liegen, die ihre ehemaligen Kollegen bekommen, die in der DDR verblieben sind?

Resümee, Fazit

Der Abschlussbericht beschreibt zutreffend eine Vielzahl von Aspekten der Friedlichen Revolution und der Entwicklung in den 30 Jahren danach.

VOS und IEDF als Vertreterinnen der SED-Opfer- und Flüchtlingsorganisationen nehmen diese Zustandsbeschreibung zum Anlass, auf historisch relevante Zusammenhänge aufmerksam zu machen, die für ein unverstelltes Geschichtsbild unverzichtbar sind.

Der unvollendete Satz vom Hans-Dietrich Genscher in der Prager Botschaft und der Mauerfall am 9. November 1989 werden zu Recht in der ganzen Weltöffentlichkeit als „Meilensteine“ auf dem Weg zur deutschen Einheit gewürdigt.

→ nächste Seite oben

→ von voriger Seite

Er war aber auch gleichermaßen ein Schlussstein, der eine Entwicklung besiegelte, die mit dem symbolträchtigen Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland seinen Anfang nahm. Erst die von den Demonstrationszügen und Botschaftsbesetzungen des Herbstes 1989 erzwungene Grenzöffnung in Berlin am 9. November 1989 machte den Weg frei für die deutsche Wiedervereinigung. Zwingend hätte in einem 200 Seiten langen Kommissionsbericht die Tatsache erwähnt werden müssen, dass insgesamt ca. 2 Millionen Personen, meist ohne öffentlichkeitswirksame Fernsehbilder, die DDR seit ihrer Gründung 1949 verlassen und so den Willen zu Freiheit und zur Einheit Deutschlands vor der Weltöffentlichkeit wachgehalten hatten.

Es ist inakzeptabel, dass ausgerechnet die Ausgereisten, Flüchtlinge und aus politischer Haft Freigekauften die einzige Personengruppe darstellen, die durch systemische Nichtbeachtung diskriminiert und unter Bezug auf die Tatsache der Wiedervereinigung über eine soziale Benachteiligung zusätzlich gedemütigt wird.

Der Bundesregierung, den politischen Parteien und den Mitgliedern des Deutschen Bundestages ist der schwelende Konflikt seit langem bekannt. Für die Realisierung von Lösungsansätzen, die von einigen Bundestagsfraktionen ausgingen, fehlte bislang jedoch der politische Wille.

Eine Bilanz nach 30 Jahren geglückter Wiedervereinigung beider deutscher Staaten muss den Anspruch auf historische Vollständigkeit, Wahrhaftigkeit und die Rückabwicklung der Ausgrenzung von am Vereinigungsprozess beteiligter Bürger und Patrioten erfüllen.

In diesem Sinne fordern die SED-Opfer- und Flüchtlingsverbände eine kritische Überarbeitung des vorliegenden Kommissionsberichtes.

Hugo Diederich
Bundesgeschäftsführer
der Vereinigung der Opfer
des Stalinismus e.V (VOS)
Dr. Jürgen Holdefleiss
Vorsitzender der Interessensgemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF)

Berlin, Mannheim im Dez. 2020

Im Dienste von Wahrheit und Gerechtigkeit

*VOS und IEDF geben gemeinsam Stellungnahmen zum Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit“ an verantwortliche Politiker*innen wie Merkel, Grütters und Platzeck ab*

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Leserinnen und Leser, nachfolgend sind (teils unwesentlich gekürzt) die Schreiben abgedruckt, die VOS und IEDF an die Bundeskanzlerin Angela Merkel, an Ministerin Monika Grütters sowie an Ministerpräsident a. D. Mathias Platzeck gerichtet wurden.

Bei Redaktionsschluss lagen keine Antwortschreiben vor. Sie werden jedoch, falls es sie geben wird, in den nächsten Fg- Ausgaben veröffentlicht.

Schreiben an Frau Bundesbeauftragte für Kultur und Medien **Prof. Monika Grütters**

Sehr geehrte Frau Kulturstaatsministerin,

die Jubiläumsjahre 2019/ 2020 sind inzwischen vergangen. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit“ hat Ende des letzten Jahres ihren Abschlussbericht vorgelegt.

Die inhaltliche Botschaft dieses zeithistorischen Dokuments der von Matthias Platzeck geleiteten Kommission war für die SED-Opfer- und Flüchtlingsorganisationen „Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.“ (VOS) und der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) unmittelbarer und zwingend notwendiger Anlass zu einer Gegendarstellung (*gemeint ist die auf den vorgehenden Seiten gedruckte Denkschrift – d. Red.*)

Die historisch unbestrittene Rolle der Flucht- und Ausreisebewegung im Zusammenhang mit dem Sturz der SED-Diktatur war offensichtlich von vorn herein in der Agenda der Kommissionsarbeit nicht vorgesehen, blieb in den Jubiläumsveranstaltungen weitestgehend unerwähnt und kommt infolgedessen im Abschlussbericht der Kommission auch nicht vor.

Die hieraus gewonnene Erkenntnis ist daher grundsätzlicher Natur. Denn die von der IEDF und der VOS seit Jahren beklagte negative Haltung der Bundespolitik gegenüber den DDR-Altübersiedlern (Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller, aus politischer Haft Freigekaufte) erfährt damit eine förmliche, geschichtsverfälschende Bestätigung.

Der Beitritt der ehemaligen DDR zum Grundgesetz hinterlässt bei den DDR-Flüchtlingen, Ausreiseantragsstellern und aus den MfS-Haftanstalten Freigekauften rückblickend ein Gefühl der Nichtbeachtung, des mangelnden Respekts gegenüber deren Lebensleistung. Eine politische, moralische gesellschaftliche und soziale Demütigung.

Drei prägnante Beispiele seien hierfür an dieser Stelle genannt:

Der 70. Jahrestag der Gründung der VOS, der ältesten SED- Opferorganisation, blieb im politischen Berlin im vergangenen Jahr ohne jegliche Beachtung, geschweige fand er eine entsprechende öffentliche Würdigung!

Die vor Jahren dem Senator für Kultur übertragene administrative Zuständigkeit für die Berliner Gedenkstätten, so auch für die ehemalige MfS-Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen, bedeutet für seine ehemaligen Insassen eine schallende Ohrfeige. Denn um welche „Kultur“ handelt es sich, wenn die Nachfolgepartei der damaligen Zuchthaus-Betreiberpartei dort schon wieder das Sagen hat. Der derzeit laufende Untersuchungsausschuss zeigt im übrigen deutlich, dass die Organisatoren dieser fragwürdigen Konstellation seinerzeit wohl jegliches politische Fingerspitzengefühl vermissen ließen.

Die Besetzung der Kommission ohne Beteiligung von Kämpfern gegen das SED-Regime bzw. ihren Opfern sowie Flüchtlingen über Mauer und Stacheldraht symbolisiert die zuvor beschriebene Ignoranz gegenüber der Leistung dieser Menschen für ein wiedervereintes Deutschland.

→ nächste Seite

→ von voriger Seite

Vor diesem Hintergrund kämpfen die Betroffenen, vertreten durch die 2008 gegründete „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ und die seit über 70 Jahren bestehende „Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. für ihre politischen und sozialen Rechte und auch zunehmend gegen das historische Vergessen und Ausgrenzen.

Mit der gemeinsam von IEDF und VOS verfassten Denkschrift senden wir ein Signal an die Regierung und die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, diese negative Entwicklung endlich zu stoppen. Der Sturz der SED-Diktatur und die Herstellung der deutschen Einheit sind untrennbarer Bestandteil der deutschen Geschichte. Die im Kommissionsbericht vorgenommene Ausblendung von mutigen Menschen, die diesen Prozess im Vorfeld wesentlich mit beeinflusst haben, führt jedoch zu einem unvollständigen, ja tendenziösen Geschichtsbild. In Ihrer Funktion als Kulturstaatsministerin muss Ihnen auch eine wahrhafte Geschichtsschreibung als Teil unserer nationalen Kultur am Herzen liegen. Dies umso mehr, als derartige negative Tendenzen unvereinbar sind mit den damaligen Zielen der friedlichen Revolution vor 30 Jahren. Geschichtsvergessenheit führt zwangsläufig zu einer Spaltung unserer Gesellschaft.

In diesem Sinne möchten wir Sie, Frau Prof. Grütters, inständig darum bitten, sich zum einen bei der Platzeck-Kommission um eine inhaltliche Überarbeitung des geschichtsfernen Abschlussberichts, zum anderen bei der Bundeskanzlerin insbesondere für die Rücknahme der in der Denkschrift formulierten sozialpolitischen Ungerechtigkeiten gegenüber den DDR-Altübersiedlern und freigekauften politischen Häftlingen vermittelnd einzusetzen. Die SED-Opfer- und Flüchtlingsorganisationen würden derartige Bemühungen mit höchstem Respekt und Dank zur Kenntnis nehmen.

Felix Heinz Holtschke
VOS-Landesvorsitzender NRW
Dr. Jürgen Holdefleiss
Vorsitzender IEDF e.V.

# # # # # #

Zweiter Brief: Herrn M. Platzeck

Die Deutsche Einheit wurde über die Köpfe der DDR-Flüchtlinge hinweg gefeiert

Eine Ergänzung oder Überarbeitung des Berichts wird für dringend erforderlich gehalten

An die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. Herrn Mathias Platzeck

Sehr geehrte Damen und Herren der Kommission, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Pressemitteilung des BMI vom 09. Oktober 2019 zum Stand der Jubiläumsfeierlichkeiten „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ wird das Anliegen der Bundesregierung wie folgt formuliert:

„Das Jubiläumsjahr soll das gemeinsame und gegenseitige Verständnis für die Leistungen fördern, die zur Wiedervereinigung geführt haben und für das Zusammenwachsen von Ost und West erbracht wurden.“

Dieser Tage ist der Abschlussbericht der von der Bundesregierung eingesetzten und von Ihnen geleiteten Kommission veröffentlicht worden.

Die Rolle der Flucht- und Ausreisebewegung bei der historischen Würdigung der Friedlichen Revolution und ihrer Akteure ist, wie abzusehen, jedoch völlig ausgeblendet geblieben. Der Fokus lag, wie die Zusammensetzung der Kommission bereits befürchten ließ, exklusiv auf Ostdeutschland.

> Die schlimmste Demütigung für einen Menschen ist die, dass man ihn ignoriert. Das gilt erst recht auch für eine Gruppe.

Die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ hätte eigentlich die Aufgabe gehabt, den Prozess, der zur Friedlichen Revolution des Herbstes 1989 führte, in den Gesamtzusammenhang mit der Flucht- und Ausreisebewegung der 1970er-, 1980er Jahre zu stellen.

Schließlich hatten DDR-Bürger in der Zeit der deutschen Teilung, wenn überhaupt, ihren Protest gegen die SED-Diktatur nicht anders zum Ausdruck bringen können als durch „Abstimmung mit den Füßen“. Sie sind Deutsche, konkret sehr aufrechte Ostdeutsche in der damaligen Zeit. Ihre Rolle als Vorhut der DDR-Bürgerbewegung, als Wegbereiter der Friedlichen Revolution, wird verschwiegen. Ihre Angebote gegenüber der Kommission bezüglich Mitwirkung an der Agenda zur Begehung des Doppeljubiläums blieben unbeantwortet.

Die systemische Demütigung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge, die durch den konkreten Bezug auf den Beitritt der DDR in einen bösen Kausalzusammenhang gestellt wird, wird durch den Abschlussbericht verfestigt.

Und jetzt?

Die Deutsche Einheit wurde über die Köpfe der DDR-Flüchtlinge hinweg gefeiert. Seit dem Beitritt der DDR sind sie an den „Katzentisch“ verbannt. In moralischer, politischer, sozialer Beziehung.

Die schlimmste Demütigung für einen Menschen ist die, dass man ihn ignoriert. Das gilt erst recht auch für eine Gruppe von Menschen.

Genau das ist es, was die DDR-Altübersiedler seit der Gründung der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e. V.“ erleben.

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. und die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. legen Ihnen ihre Denkschrift zu dem Abschlussbericht vor.

Wir halten eine Ergänzung bzw. Überarbeitung dringend für erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen
Felix Heinz Holtschke
VOS-Landesvorsitzender NRW
Dr. Jürgen Holdefleiss
Vorsitzender IEDF e.V.

# # # # # #

Hinweis: Bitte lesen Sie den Brief an die Frau Bundeskanzlerin auf der übernächsten Seite und einen Kommentar zum selben Thema nachfolgend.

Es geht um Wahrheit und um die Schließung von Gedächtnislücken

Anmerkungen zum 200-Seiten-Bericht der Kommission und zur Geschichte der SED-Diktatur

Was ist los in diesem Land? Die Frage wird nicht zum ersten Mal gestellt, schon gar nicht wenn es um die Rolle und die Bedeutung der Opfer der SED-Diktatur geht.

Wir wissen seit Jahren, dass man diese Opfer nur unzureichend wahrnimmt. Weder die Einzelnen noch die schwer bezifferbare, dennoch große Gruppe in ihrer Gesamtheit. Der Bericht der „von oben“ eingesetzten Kommission zur Würdigung und Wertung der Friedlichen Revolution, die sich rückblickend, da sie alsbald in die Einheit mündete, mit dem zweiten Geschichtsereignis verbindet, hat es einmal mehr gezeigt. Demnach sind der Untergang der DDR und die Wiederherstellung der Einheit unterm Strich das Ergebnis der Herbststürme 1989. Somit gebührt nur den Bürgerrechtlern und den Demonstranten der Dank für diesen großartigen historischen Akt.

Die Darstellungsweise ist nicht neu, sie wird in den Medien bei jeder das Thema Wiedervereinigung berührenden Sendung präsentiert, und so glaubt man bis in das abgelegenste bayrische Almdorf und in den hintersten Schwarzwaldort, dies sei wirklich so. In der Tat muss man sich zugleich fragen, warum dann noch ein Bericht von 200 Seiten zum selbigen Thema? Und dieser auch noch von einer Kommission unter dem Vorsitz von Mathias Platzeck? Denkt man, jemand der in Potsdam aufgewachsen ist und nicht Mitglied der SED war, hat sich ganz automatisch um die Einheit verdient gemacht? Platzeck, so die echten Gründer von Neues Forum, ist dieser Widerstandsfront erst 1990 beigetreten. Da war es auch nicht mehr gefährlich, denn die Stasi befand sich in der Auflösung, und Krenz und Konsorten hatten sich verkrochen. Man kann die Forum-Gründer zudem fragen, ob sich der spätere brandenburgische Ministerpräsident vor dem Fall der Mauer an Protestaktionen beteiligt hat. Man wird eine interessante Antwort erhalten.

Diese vorausgegangene Feststellung soll keine Beleidigung und Herabwürdigung des späteren Ministerpräsidenten sein. Platzeck war bei den Brandenburger Bürgerinnen und Bürgern sehr beliebt, er hat viel für dieses Bundesland getan und selbst ein Stück Gesundheit geopfert. Nachträglich hat er die DDR als das charakterisiert, was sie war: eine Diktatur. Und doch war er der falsche Mann, einer Kommission vorzustehen, die im Rückblick das Zustandekommen der Einheit erklären und würdigen soll. So respektlos es sich lesen mag, aber es ist ein Werk entstanden, das an der Vollständigkeit vorbeigeht.

Kommentar

Man hätte dieser Kommission empfehlen sollen, schlicht alle Ausgaben der Freiheitsglocke von 1950 an, zumindest aber die Festschrift zum 50. Jahrestag der VOS, zu lesen. Dort sind die Fakten und Stationen, vor allem jene Menschen, festgehalten, die schon früh für die Einheit gekämpft und gelitten haben. Weit vor Gründung der DDR gab es sie. Große Namen verbinden sich damit. Jochen Platz, der Redakteur und Mitgründer des ZDF war und der mit Konrad Adenauer durch die Welt reiste. Aktenzeichen-xy-Gründer Eduard Zimmermann. Sigurd Binski, Gitta Bauer, Helga Siewers. Auch die Unbekannten sind hier aufgeführt. Uschi Harske, Melanie Kollatzsch, Kurt Weiss. Viele andere, die unschuldig zu zweistelligen Strafen verurteilt waren und schon krank aus Sachsenhausen oder Workuta zurückkamen. Sie waren nicht nur Opfer, sondern sie nutzten die nach der Haft gewonnene neue Freiheit, um sich offen gegen die SED-Diktatur zu positionieren und – sogar noch vor 1953 – die Einheit Deutschlands anzumahnen. Und dies bis zum Fall der Mauer. Nicht umsonst war der Operative Vorgang gegen die VOS, der durch heimliche Gewaltakte und jedwede Hintertriebenheit gezeichnet war, beim Ministerium für Staatssicherheit unter dem Kürzel „Pest“ geführt worden.

Fast alle sind inzwischen tot. Melanie Kollatzsch starb voriges Jahr, Uschi Harske bald nach der Jahrtausendwende, nachdem sie Monate mit schwerem Krebs bettlägerig gewesen war. Niemand hat nun ein offizielles Wort für sie. Dabei hätten gerade sie es verdient gehabt. Und wenn die Freiheitsglocke dann eines Tages auch weg ist, liegen auch wir, die wir als nachfolgende Generation die Einheit und einen Staat der Gerechtigkeit statt einer menschlichen DDR herbeigesehnt haben, im Grab der Geschichte.

Es ist sehr schlimm, dass niemand mehr etwas wissen will, welche Unruhe und Spannung die Ausgereisten hinterlassen haben. Auch die Geflohenen, die Freigekauften, die Mauertoten, deren Dunkelziffer mit jedem Jahr zunehmend angezweifelt wird.

Denken wir an die große Gedenkfeier im Jahr 2014 zurück, als der damalige Bundespräsident Gauck die Größen der Welt eingeladen und wie üblich salbungsvolle Worte verteilte. Auch da wurden ehemalige Häftlinge nicht erwähnt. Die Haftopfer, die anwesend waren, hat das sehr betrübt. Wenn wir vom Einheitsprozess sprechen, können wir Namen wie Fechter, Brüsewitz und Gartenschläger nicht ausklammern. Dazu gehören ebenso die Hinweise auf spektakuläre Fluchtvorgänge, auf Schleuserbanden und unbekannt gebliebene Dissidenten. Auf der anderen Seite stehen die Täter: MfS, Volkspolizei, Zoll, Pädagogen und Parteigremien. Man darf Namen wie Schnitzler oder Mielke nicht unterschlagen, und die Rolle von Günter Schabowski, der lange Chefredakteur des Propaganda-Blattes Neues Deutschland war, ist keineswegs die eines geläuterten, hilflos verwirrten Mannes, dem vor der Kamera ein falscher Zettel in die Hände geriet. Es sind Täter, und wiewohl wir (!) ihnen verziehen haben, müssen ihre Namen dick unterstrichen ebenfalls in den Geschichtsbüchern stehen.

Es ist der falsche Weg, noch und noch gestochene Berichte von moderner sprachlicher Qualität zu erzeugen. Es geht um Wahrheit, um Gesamtheit. Hätte man nicht, und dies ist sehr ernst gemeint, ganz einfach die o. g. Festschrift der VOS benutzen können? Alles, was es zum Weg zur Einheit zu sagen gibt, steht darin. *B. Thonn*

Frau Merkel. Ein dritter Brief

Wie auf den Vorseiten angekündigt, setzen wir das Thema Denkschrift von IEDF und VOS / Bericht der Kommission zu den Anlässen „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ mit dem Brief an die Deutsche Bundeskanzlerin fort. Der Brief ist wie die vorigen (an Grütters und Platzeck) auf den 7. Januar 2021 datiert.

Die Halbwahrheiten und Vorurteile endlich richtigstellen

Ein klarer, eindringlicher Appell an die Politik

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
die DDR-Flüchtlinge, vertreten durch die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) und die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF), haben die Äußerungen der politischen Klasse in den beiden Jubiläumsjahren 2019/ 2020 sehr aufmerksam verfolgt und mit noch größerer Erwartung und gleichzeitiger Befürchtung den Abschlussbericht der o. g. Kommission zur Kenntnis genommen.

Die Rolle der Flucht- und Ausreisebewegung bei der historischen Würdigung der Friedlichen Revolution und ihrer Akteure ist, wie abzusehen, völlig ausgeblendet geblieben. Der Fokus lag exklusiv auf Ostdeutschland. Die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ hätte eigentlich die Aufgabe gehabt, den Prozess, der zur Friedlichen Revolution des Herbstes 1989 führte, in den Zusammenhang mit der Flucht- und Ausreisebewegung der 1970er, 1980er Jahre zu stellen. Sie hat das aber konsequent vermieden.

Der Abschlussbericht ist ein Anzeichen dafür, dass die systemische Demütigung der DDR-Altübersiedler offensichtlich dauerhaft festgeschrieben bleiben soll.

Sie, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, wissen aus zahlreichen Wortmeldungen um die negativ konnotierte Bewertung der DDR-Altübersiedler im wiedervereinten Deutschland.

Es ist dringend erforderlich – der Abschlussbericht hat es gezeigt – die an den Prozess der Herstellung der deutschen Einheit geknüpften Falschinterpretationen, Halbwahrheiten und Vorurteile richtigzustellen.

Anliegend schicken wir Ihnen die von der VOS und der IEDF erarbeitete Denkschrift „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ – Der Abschlussbericht der Kommission und die offen gebliebenen Fragen.“ Sie, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, haben die Möglichkeit, der moralischen, politischen und sozialen Diskriminierung ein Ende zu machen. Der Schlüssel für eine Lösung des Konfliktes liegt bei der Politik der Bundesregierung, bei Ihnen.

Es wäre zu wünschen, dass Sie die Ihnen hiermit vorgelegte Denkschrift von unvoreingenommenen Mitarbeitern des Bundeskanzleramtes auswerten lassen. Wir hoffen, dass die Beantwortung der in der Denkschrift aufgeworfenen Fragen das Material zu einer Wende im Verhältnis der Politik zu den Veteranenverbänden VOS und IEDF liefert.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Felix Heinz Holtschke, VOS-Landesvorsitzender NRW
Dr. Jürgen Holdefleiss, Vorsitzender IEDF e. V.

Ein Link zum Zoomen und jede Menge weitere Anglizismen

Erleben wir den „Lockdown“ und einen „hot spot“ der deutschen Sprache?

Unser ohnehin von einer schier unerträglichen Vielzahl von englischen Vokabeln geprägter Alltag ist seit Eintreten der Corona-Pandemie um diverse weitere *Fach-Ausdrücke* gewachsen. Mag sein, der eine oder die andere hat es nicht einmal bemerkt oder stört sich nun nicht mehr daran. Vielleicht auch ist es manchem peinlich, dass er oder sie nicht weiß, was ein Hot spot oder ein Lock down ist und was software, hardware oder windows sein sollen, und sie oder er tut einfach, als wüsste man es.

Man trifft ja auch auf Begriffe wie Zoom(en), Skypen oder Download. Sie gehören in den Alltag, aber sie sind nicht Bestandteil unseres traditionellen Wortschatzes, schon gar nicht aus dem des Herrn Duden.

Aus dem Tagebuch der kritischen Gedanken

Warum benutzen wir sie dann trotzdem? Sind solche Begriffe vorgegeben? Ist es unserer Sprache nicht gegeben, diese Vokabeln in deutsche Begriffe umzuwandeln? Und werden wir ohnehin in eine neue Kommunikationsart getrieben, in der unsere eigene Sprache keinen Platz mehr hat?

Möglicherweise sind wir schon mitten drin in diesem Sprachwandel. Man muss wirklich kein prinzipieller Feind der englischen Sprache sein, die uns gerade in den 1960er Jahren in der Musikwelt sehr viel bedeutet hat, um sich ihr gegenüber kritisch zu äußern. Es sind ja nicht nur die in der DDR aufgewachsenen Generationen, denen der Zugang zum Englisch-Unterricht vielfach verwehrt war und die, so sie ihn hatten, die trocken erlernten Kenntnisse in keinem westlichen Ausland als unbedarfte Touristen ausprobieren oder verfestigen konnten. In der Bundesrepublik wurde der Fremdsprachenunterricht schließlich auch erst in den 1960er Jahren eingeführt.

Dies ist der eine Vorbehalt. Der andere hat damit zu tun, dass wir mit der um sich greifenden Durchsetzung unseres Sprachalltags mit fremdsprachigen Vokabeln jene Kulturwerte abgeben, die sich gerade mit unserer eigenen deutschen Sprache verbinden. Die allseits gerühmten Dichter und Denker der vorigen Jahrhunderte haben keine Anglizismen benutzt, und bis hin zu Thomas Mann und Heinrich Böll waren deutschsprachige Texte durchaus ein Genuss. Sind sie das jetzt noch, oder begegnen wir ihnen mit Verwunderung und Bedauern, indem wir sagen: Das ist vorbei, wir leben in einer neuen Zeit, die Modernisierung nimmt drastisch zu, wir arbeiten mit Computern, die können mit Deutsch nichts anfangen.

Unsinn, oder? Computer, ihre Programme, sind lernfähiger als wir Menschen. Das ist erwiesen. Also sollten besser sie unsere Sprache lernen als wir die ihre. Ansonsten tritt ein, was uns manche Gruselfilme prophezeien. Sie lösen uns ab. Wollen wir das?

Igor Gerd Lesnikow / H. Diederich

Kindsein in der DDR: Vom Einpeitschen des Sozialismus und der gewaltsamen Unterdrückung des Individuums

Wie die menschlichste aller Gesellschaften im Kleinen die Opfer für das Große schuf.

Literatur-Experte Jörg Bernhard Bilke stellt das Buch „Einer von tausend Häftlingen“ von Detlef Jablonski vor.

Detlef Jablonski, von dem in diesem Buch erzählt wird, ist heute 65 Jahre alt, lebt noch in Berlin, wo er aufgewachsen ist, und hält Vorträge als Zeitzeuge über den 1989 untergegangenen SED-Staat. Dieser Staat hat ihm auch in den ersten 32 Jahren seines Lebens, bevor er 1987 nach Westberlin ausreisen durfte, übel mitgespielt.

Es begann schon damit, dass er 1955 im Haftkrankenhaus in Jerichow / Sachsen-Anhalt geboren wurde. Seine Mutter war vor der Geburt wegen Hehlerei zu drei Jahren Haft verurteilt worden, hatte aber, der mageren Gefängniskost wegen, keine Milch, um das neugeborene Kind zu stillen. Deshalb wurde es ihr auch nach zwei Wochen weggenommen, in ein Waisenhaus in Berlin-Johannisthal verbracht und kam später zu Pflegeeltern in der Ostberliner Stalinallee. Dort wurde er seit seinem fünften Lebensjahr mehrmals in der Woche hemmungslos verprügelt. Zu seinen Peinigern musste er „Mutter“ und „Vater“ sagen, obwohl sie nur Tante Lene und Onkel Kurt waren.

Lene war die 20 Jahre ältere Schwester seiner Mutter Maria, die nach der Strafverbüßung nach Westberlin gegangen war, von wo sie, auch nach dem Mauerbau vom 13. August 1961, gelegentlich zu Besuch in die nunmehrige Karl-Marx-Alle (seit 13. November 1961) kam und Westgeschenke mitbrachte. Dass die schöne, blonde Frau, die so gut „nach Westen“ roch, seine richtige Mutter Maria war, erfuhr er nicht von den Pflegeeltern, sondern erst 1962 von der Zeitungsverkäuferin im Kiosk.

Allein der erste Teil „Kindheit“ dieses Buches hätte Stoff für einen ganzen Roman geboten. Denn die Prügelorgien mit dem „Siebenstriem“, einer Peitsche mit sieben Lederriemen, die diese „Eltern“ mit ihrem hilflosen Zögling veranstalteten, waren weit entfernt von einer aus Liebe und Zuwendung gespeisten Erziehung: „Ich musste mich auf dem Korridor nackt ausziehen. Alle Türen wurden verschlossen und dann ging es los. Ich konnte zusehen, wie der Lederstriemen um meinen Arm schnellte oder das Ende vorn an der Brust sich in die Haut einschnitt.

die DDR.

die Wirklichkeit.

Die Stelle wurde erst blau, dann lila und dann rot. Wenn die Haut aufplatzte, fing es an zu bluten … Seit ich in die Schule ging, gab es zwei bis drei Mal in der Woche Prügel: mit Pantoffeln, mit den spitzen Hacken von Schuhen, mit dem Kochlöffel, mit Reibekeulen, mit nassen, eklig stinkenden Abwaschlappen oder eben mit dem Siebenstriem.“

„Es war eine derart unglückliche Kindheit, wie sie schlimmer nicht hätte sein können!“

Dem verstörten, ständig verheulten Kind war alles verboten, was eine fröhliche Kindheit ausmachte. Es durfte nicht mit anderen Kindern spielen, es durfte nicht dem Schulchor beitreten, stattdessen wurde es wie ein Haussklave gehalten, es musste den Abwasch erledigen und die Wohnung sauber halten und mitunter dreimal am Tag einkaufen.

Wenn Lene für mehrere Stunden bei der Nachbarin zum Tratschen verschwand, wurde der Junge ins Schlafzimmer eingesperrt. Es war eine derart unglückliche Kindheit, wie sie schlimmer nicht hätte sein können!

Der Erziehungsstil seiner „Eltern“ änderte sich auch nicht, als er älter wurde und sich hätte wehren können. Aber er war ein schwaches Bürschchen ohne Selbstbewusstsein, dessen Widerstandswille längst gebrochen war und dem Lene deshalb unverhohlen mit der Einweisung in ein Heim für schwererziehbare Kinder drohen konnte, als sie einen Samenerguss in seiner Schlafanzughose entdeckte. Trotz aller Misshandlungen blieb er aber ein empfindsames Kind, das seine Umwelt genau beobachtete. So wunderte er sich beim Haareschneiden am 21. August 1968, dass der Frisör zu weinen anfing, als im Radio die Nachricht kam, die Russen wären in Prag einmarschiert! Zur „Jugendweihe“ 1969 im Kino Kosmos bekamen alle Weihlinge das bekannte Buch „Weltall, Erde, Mensch“ (1954) überreicht, nun waren sie offiziell „erwachsen“.

Als er nach dem Sommerball verprügelt werden sollte, weil er nicht rechtzeitig zu Hause war, floh er in die Nacht und arbeitete heimlich einige Tage als Aufspüler im Hotel „Berolina“ und verdiente eigenes Geld. Einmal traf er auch noch seine Mutter bei Lenes Schwester Juliane in Brandenburg, was ihn in der Absicht bestärkte, in den Westen zu fliehen. Aber auch dieses Unternehmen scheiterte! Die drei Schüler vom „sozialistischen Fluchtkollektiv“, die nach Karl-Marx-Stadt gefahren waren, wurden im Zug nach Annaberg-Buchholz im Erzgebirge festgenommen und nach Ostberlin gebracht. Nach dem Schulabschluss 1971 begann Detlef Jablonski eine Lehre als Elektromonteur und bekam mit 18 Jahren vom Jugendamt eine Ein-Zimmer-Wohnung unterm Dach zugewiesen. Möbel hatte er keine, nur zwei Steppdecken, die Kohlen zum Heizen klaute er auf dem Güterbahnhof.

→ *nächste Seite*

Aber er war glücklich, weil er Lene und Kurt endlich entkommen war!

Als 1974 die Lehrzeit abgeschlossen war, arbeitete er beim Gemüseverladen am Ostbahnhof und beobachtete, wie zwei russische Soldaten von ihrem Aufpasser bewusstlos geprügelt wurden. Diese Bilder gingen ihm nicht mehr aus dem Kopf, als er später beim Kabelwerk Oberspree als Maschinenhelfer die Arbeit aufnahm. Es war eine stumpfsinnige Arbeit, aber der Verdienst war gut, und am Wochenende kamen noch die Zuschläge dazu.

Die Sehnsucht nach seiner Westberliner Mutter, die so gut roch, aber blieb. Im Oktober 1974 unternahm er den zweiten Fluchtversuch. Er kaufte am Ostbahnhof eine Fahrkarte nach Prag, ohne Rückfahrschein, wurde in Bad Schandau hinter Dresden aus dem Zug geholt und am 7. Januar 1975 wegen „Republikflucht“ zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Dummerweise hatte er auf seinem Atlas die Fluchtroute von Dresden über Prag nach Budweis eingezeichnet.

Während der Haftzeit in Berlin-Rummelsburg und in Schwarze Pumpe bei Spremberg lernte er den Knast in allen Höhen und Tiefen kennen: Er wurde, wie alle Häftlinge, nach „Sackratten“ (Filzläuse) untersucht, er saß wochenlang im Arrest, er wurde beim Onanieren erwischt und „zur Abkühlung“ von der „Volkspolizei“ im Waschraum angekettet, und er nahm an illegalen Boxwettkämpfen teil. Sein Selbstbewusstsein wuchs, nachdem er sich Achtung bei den Mitgefangenen verschafft hatte.

Am 14. August 1975 wurde er entlassen und fuhr vier Stunden mit dem Zug vom Bahnhof Schwarze Pumpe nach Ostberlin. Diese ersten Wochen in der eingeschränkten DDR-Freiheit sind höchst spannend und einfühlsam beschrieben. Der Leser freilich möchte wissen, wie dieses beschädigte Leben weiterging bis zur Ausreise 1987.

Jörg Bernhard Bilke

Detlef Jablonski „Einer von Tausend. Eine Berliner Geschichte“, bearbeitet von Grit Poppe. Berlin 2021, 294 Seiten, 16.90 Euro

Zu beziehen im Buchhandel oder im Internet.

Eine weitere Meinung zu diesem Buch: Hier werden höchst authentisch die Erlebnisse eines Berliners und unfreiwilligen „Staatsfeindes“ geschildert. Wohl erstmalig beschrieben werden die Zustände und der brutale „Alltag“ in einem DDR-Arbeitslager. Dabei ist das Erzählte stellenweise von überraschender Komik, durch die all die Tragik des realen Schicksals noch deutlicher wird.

Grit Poppe, Schriftstellerin

Anm.: Grit Poppe hat selbst Bücher zum Thema staatlich verordnete Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in der DDR verfasst. Jüngst erschienen ist ihr Werk „Verraten“, in dem die Schicksale einer Halbwüchsigen und eines Jungen beschrieben werden.

Opferbeauftragter – die unbekannte Größe?

Wer wird das Amt, über das wir noch nicht viel wissen, übernehmen?

Das Amt des Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur und der Verwalter der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit soll abgeschafft werden. Soviel steht fest. Fest steht auch, dass für die Betroffenen keine Nachteile entstehen sollen, im Gegenteil, alles wird besser und geordneter.

Vermutlich stimmen all diese Voraussagen und Versprechen, und somit sind die Unruhe und das Misstrauen vieler SED-Opfer unangebracht. Trotzdem wird diskutiert und spekuliert. Der Grund ist schnell gefunden, denn die Frage geht um: Wer soll diesen Posten bekommen? Und noch: Wer bestimmt über die Vergabe?

Seit der Ministerpräsident-Wahl in Thüringen und der Absprache zur Benennung der Bundesrichterin Borchert, dürften auch die letzten Unbedarften begriffen haben, dass hinter den Kulissen oft genug gekungelt wird. Ja, man muss es deutlich aussprechen: „Stimmst du für unseren Kandidaten, dann helfen wir dir, den deinen durchzubringen.“ Nehmen wir die AfD aus, die (offiziell) als geächtet gilt, sind sich die Parteien einig, wobei ja christliche und sozialistische bzw. kommunistische Abgeordnete keine Berührungsängste mehr haben.

Ich als VOS-Mitglied schlage nun hiermit unseren Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich vor. Er ist jemand mit Übersicht, er ist geachtet, und ich bescheinige ihm, dass er das Amt ausfüllen könnte. Und: Er ist unbestechlich und lässt sich nicht auf Kungeleien ein.

Hugo Diederich hat es geschafft, die VOS über Jahrzehnte am Leben zu erhalten, er ist den SED-Opfern Ansprechpartner gewesen und hat sie beraten und unterstützt. Gerade in der Coronakrise hat er die Aufgabe vorbildlich wahrgenommen.

Ganz sicher würde er die VOS nicht im Stich lassen, wenn er das Amt des Opferbeauftragten innehätte. Bitte unterstützen Sie und ihr diesen Vorschlag und leiten Sie ihn an die Politiker*innen weiter.

A. Richter-Kariger

Das Interesse an der Vergangenheit ist weiter vorhanden

Der Regionalbeauftragte der UOKG in NRW Dr. Fuchs über den Stand der Dinge

Vieles wurde erreicht, manches gibt Hoffnung, anderes muss noch weiter verfolgt werden. Wo die SED-Opfer insgesamt, aber auch im Bundesland NRW stehen, gibt nachstehend der Regionalbeauftragte der UOKG für NRW in einem zusammengefassten Jahresrück- und –ausblick bekannt.

1. Von besonderer Bedeutung war im Jahr 2020 sicherlich der zweite Runde Tisch (diesmal virtuell) vom 9. November des Beauftragten der Landesregierung von NRW für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks. Herr Holtschke (VOS) hat darüber dankenswerter Weise ein ausführliches Protokoll verfasst. Dem ist aus meiner Sicht nichts hinzuzufügen. Corona bedingt fielen leider sowohl die Feier zum 30-jährigen Jubiläum des Mauerfalls am 14. November am Deutschen Eck in Koblenz aus wie auch die Gedenkfeier zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten am 3. Oktober vor dem Segment der Berliner Mauer am Landtag von NRW.

2. Auf Bundesebene ist die Verabschiedung der Gesetze zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Ernennung eines Opferbeauftragten von besonderer Bedeutung. Ebenso erfreulich ist, dass das Konzept eines „Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland“ am 15. Dezember Kulturstaatsministerin Monika Grütters übergeben werden konnte. Damit ist ein Projekt, das bereits im Jahr 2013 begonnen hat, ein entscheidendes Stück weiter gekommen. Das wird dringend Zeit, andere Staaten wie Ungarn, Rumänien, die Tschechische Republik und Estland haben längst ein solches zentrales Mahnmal.

Beeindruckend waren die 14 Berichte von Inhaftierten in DDR-Gefängnissen, die sie auf dem Tribunal „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“ vom 11. Bis 13. September in Cottbus gegeben haben. Mit der sich aus diesem Tribunal ergebenden „Cottbusser Erklärung“ zur Zwangsarbeit liegt jetzt ein breit aufgestelltes und sehr glaubwürdiges Dokument vor, mit dem die Situation der von Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen Ausgebeuteten voraussichtlich verbessert werden kann.

3. Was die internationale Situation angeht, habe ich am 11. Februar in der Botschaft von Estland in Berlin in einer öffentlichen Veranstaltung die Dokumentation über die bisher stattgefundenen 22 Kongresse der „Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus“ (Inter-Asso) vorgestellt. Diese Dokumentation (Titel: „Damit die Stimmen der Opfer nicht verhallen“) habe ich mit finanzieller Förderung durch die Bundesstiftung Aufarbeitung herausgegeben, auch weil die Berichte von Verbänden und Initiativen für die Aufarbeitung aus anderen europäischen Staaten deutlich machen, wo Deutschland in der Aufarbeitung steht, d. h. wo wir weiter sind, aber auch wo andere Staaten uns etwas voraus haben.

In vielen Fällen haben DDR-Bürger versucht, über die tschechische oder slowakische Republik in den Westen zu flüchten. Jedoch wurden sie bei dem Versuch ermordet oder gefasst und inhaftiert. Durch die sehr engagierte Arbeit der Platform of European Memory and Conscience (PEMC, Prag) ist es gelungenen, dass diese Flüchtenden in nunmehr 48 Fällen rehabilitiert worden sind, dazu die Presse-Erklärung der UOKG vom 8. November (Internet-Auftritt), die auch Hinweise gibt, an wen sich Betroffene wenden können.

4 / 5. Mich würde sehr interessieren, ob Sie den Eindruck haben, dass die Beratung derjenigen, die früher in der DDR gelebt haben und nunmehr in NRW leben, verbesserungsbedürfig ist. Wenn ja, bitte ich um Auskunft, in welchen Bereichen und welchem Umfang. Für Hinweise bedanke ich mich im Voraus.

6. Zum 75-jährigen Jubiläum der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar hat die polnische Regierung auch die oben angegebene PEMC eingeladen, ich war mit einem PEMC-Kollegen in Auschwitz. Dort habe ich zu meinem Erstaunen festgestellt, dass die Zahl der Besucher von Auschwitz zwischen den Jahren 2010 und 2019 erheblich gestiegen ist! Bisher hatte ich geglaubt, die Aufarbeitung der Vergangenheit ist auch ein Kampf gegen die Zeit, weil das Interesse für die Vergangenheit je mehr schwindet desto länger sie vorüber ist. Die Erfahrung in Auschwitz hat mir gezeigt, dass es auch anders gehen kann. Das macht mir Mut, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, auch für unsere Arbeit im kommenden Jahr!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für das neue Jahr, dass Sie gesund bleiben und dass wir gemeinsam bei unseren Zielen, insbesondere beim FRG, weiterkommen.

Ich hoffe, dass es zu einem dritten Runden Tisch kommen wird, bei dem wir uns persönlich kennenlernen können, soweit das bisher noch nicht der Fall gewesen ist.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Dr. Wolfgang-Christian Fuchs

Was wir nicht vergessen sollten

Das Knastlexikon

In dieser Reihe möchten wir einige Ausdrücke/Begriffe erklären, die (nicht) nur in der (DDR-)Haft geläufig waren und die man keineswegs vergessen sollte.

Heute: Froschaugen

Froschaugen sind / waren keineswegs eine tierische Speise (sofern man im Knast von Speise reden könnte). Es war die Nachtisch-Variante der roten Grütze, blassrosa und mit einem gelben Soßenklecks (meist mit Haut überzogen), die in kleinen Plastikschälchen auf die langen Tische kam. Die Grütze wurde mit Hilfe von Sago erzeugt, so dass sich auf der Oberfläche kleine, zähe Bläschen gebildet hatten, die man widerwillig durch die Kehle drücken musste. Tatsächlich sahen die Bläschen aus wie starrende kleine Augen. Und irgendwie schmeckten sie auch so …

Igor Gerd Lesnikow

Anm. d. Red: Dieses Knastlexikon ist im Entstehen. Gern übernehmen wir Ihre / eure Erinnerungen.

VOS und IEDF schlagen eine gemeinsame Bundesratsinitiative vor

Nachdem erneut über eine Rentenerhöhung für ehemalige Mitarbeiter des Staatsapparates der DDR diskutiert wird, fühlen sich die Opfer der SED endgültig verletzt und ins Unrecht gesetzt

(*Fg*) Es war ein schwarzer Tag für die Opfer von Sozialismus und Kommunismus, als Mitte Januar die Meldung durch die Medien ging, dass die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern eine Besserstellung der ehemaligen Mitarbeiter des DDR-Staatsapparates ankündigte. Gerade nach Ablehnung der Rücknahme des RÜG und der einseitigen Darstellungen im Kommissionsbericht anlässlich der „runden" Jahrestage des Mauerfalls und der Wiedervereinigung geht Frau Schwesig mit einer derartigen ernstgemeinten Offerte in die Öffentlichkeit.

Kann sich jemand vorstellen, wie diese Meldung bei den Opfern, die verzweifelt und weiter erfolglos um die Anerkennung ihrer Arbeitsjahre ringen, angekommen ist? Diejenigen, die dem Unrechtsregime die Treue gehalten haben und in vielerlei Hinsicht ohnedies bessergestellt waren, sollen abermals für diese seltsame Loyalität belohnt werden. Viele von ihnen sind unmittelbar nach der Vereinigung der deutschen Staaten in den Öffentlichen Dienst übernommen worden. Ob als Beamte oder Angestellte mag dahingestellt bleiben. Als Ausschlussfaktor galt lediglich die Mitwirkung beim MfS. Der Beamtenbund, der diese Maßnahme noch unterstützt hat, setzte sich kommentarlos über den Protest hinweg, die großen Tageszeitungen schwiegen, obwohl ihnen die entsprechenden Beiträge aus der Freiheitsglocke angeboten wurden.

Die Zeit vergeht, es heißt, sie heilt alle Wunden. Doch das stimmt in diesem Fall nicht. Sie reißt vielmehr jene Wunden, die aus dem alten Unrecht entstanden sind, neu auf und vertieft sie. Denn hier wird dem Unrecht aus der Diktatur neues Unrecht aus der Demokratie aufgetürmt. Die Verbitterung der SED-Opfer ist nunmehr unermesslich. Mag sein, dass sich Schwesigs SPD einige Wählerstimmen von den Linken abholt. Glaubwürdig wird sie damit nicht.

Nach Bekanntwerden des Medienberichts und der Ankündigung von Frau Schwesig, reagierten IEDF und VOS mit dem nachfolgenden Schreiben, das kurz vor Redaktionsschluss bei der Freiheitsglocke eintraf:

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, vor wenigen Tagen erreichte uns aus dem Nachrichtenstudie des NDR-MV aktuell die Meldung, dass die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern beabsichtigt, den systemnahen Angehörigen des ehemaligen DDR- Staatsapparates höhere Rentenbezüge bzw. Pensionen zu gewähren.

Die Verfolgtenverbände Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) und Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF) sind damit automatisch auf den Plan gerufen. Denn hier bestätigt sich eine Erfahrung, wie sie die Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR machen müssen, seitdem die DDR verschwunden ist.

Eine politische Schieflage, für die es im wiedervereinigten Deutschland keinen Vergleich gibt. Die ehemaligen Funktionäre des realsozialistischen Systems der DDR sind in der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland in sozialer wie auch politischer Hinsicht „weich gelandet". Die ehemaligen Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller aus der ehemaligen DDR sind nach erfolgter Wiedervereinigung hingegen „hart aufgeschlagen" und finden sich seitdem am „Katzentisch" der Gesellschaft wieder.

In den beiden vergangenen Jahren war der welthistorischen Ereignisse „Sturz der SED-Diktatur" und „Herstellung der deutschen Einheit" gedacht worden. Die Bundesregierung hatte hierfür extra eine Kommission eingesetzt.

Jeder politische interessierte Mensch, der den kalten Krieg zwischen den politischen Systemen noch im Gedächtnis hat, weiß, dass die Flucht- und Ausreisebewegung eine enorme Wirkung auf das Kräfteverhältnis Ost / West hatte. Die Ereignisse in der DDR des Jahres 1989 sind nicht denkbar ohne die jahrelang zu verzeichnende „Abstimmung mit den Füßen". Und die Kommission?

In dem mehr als 200 Seiten umfassenden Abschlussbericht kommt das Phänomen „Flucht und Ausreise" gar nicht vor. Diese auffällige Ignoranz gegenüber den DDR-Altübersiedlern kommt einer Missachtung gleich, die ihren Ursprung in einer länger zurückliegenden „politischen Entscheidung" hat.

VOS und IEDF haben daher gemeinsam eine Stellungnahme zu dem Abschlussbericht der Kommission verfasst (Denkschrift).

Die einst unter dem Schirm des Grundgesetzes in der alten Bundesrepublik integrierten DDR- Übersiedler (Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller, aus politischer Haft Freigekaufte) wurden – unter fadenscheiniger Berufung auf den Beitritt der DDR – in die Rentengesetzgebung zum Beitritt der DDR mit einbezogen. Die unerträgliche Folge: Die Betroffenen erhielten für ihre in der DDR gelebte Widerständigkeit nachträglich die „RÜG-Quittung". Es handelte sich, wie es die Bundesregierung erklärt, hierbei um eine „politische Entscheidung". Eine gesetzgeberische Legitimierung für die nicht rechtsstaatliche Vorgehensweise gibt es nicht. Bei der Absicht Ihrer Landesregierung, die ehemaligen Funktionäre der ehemaligen DDR wirtschaftlich besser zu stellen, handelt es sich ebenfalls um eine „politische Entscheidung". Die wird, damit sie wirksam wird, noch durch den Gesetzgeber legitimiert werden müssen.

Zwei „politische Entscheidungen" im Vergleich.

Die eine betrifft eine Personengruppe, die mit ihrem mutigen Handeln einen historisch positiv zu bewertenden Prozess entscheidend mitgeprägt und befördert hat. Diese ca. 300.000 Menschen werden unversehens und nachträglich aus ihrer Sozialisierung herausgerissen und in sozialer, politischer und moralischer Hinsicht gedemütigt. Eine rechtsstaatliche Legitimierung gibt es erwiesenermaßen nicht. Ihrem Protest wird seitens der Politik seit Jahr und Tag mit Kälte und Ignoranz begegnet. → *nächste Seite*

→ von voriger Seite

Der andere betrifft eine Personengruppe, die bis zum Ende der DDR dem SED-Apparat gedient hat. Die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR hat die teilweise immensen Versorgungsansprüche der Funktionäre reduziert. Jedoch ist es den Betroffenen über mehrere Klagen beim Bundesverfassungsgericht gelungen, die von der SED begründeten Privilegien zumindest teilweise zu reaktivieren. Das aktuelle Vorhaben Ihrer Landesregierung ist daher ein weiterer Mosaikstein, der die eingangs skizzierte Schieflage vervollständigt.

Ein Rechtsstaat darf es jedoch nicht zulassen, dass sich die Täter und Systemanhänger einer Diktatur nach dessen Sturz sozial besser gestellt wiederfinden als diejenigen, die über Jahrzehnte unter ihnen leiden mussten und dafür gesorgt haben, dass die Diktatur verschwindet.

Die von Ihrer Landesregierung beabsichtigte Maßnahme haben wir im Grundsatz nicht zu kritisieren und tun das auch nicht.

Wir appellieren jedoch an Sie, sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin, darauf Einfluss zu nehmen, dass die unsensible Haltung der Politik gegenüber den DDR- Altübersiedlern beendet wird. Die Bundesregierung muss dringend davon überzeugt werden, dass sie in der Pflicht ist, den seit mehreren Legislaturperioden schwelenden Fremdrenten-Konflikt endlich zu lösen. VOS und IEDF schlagen eine Bundesratsinitiative seitens Ihrer Landesregierung mit der Zielrichtung vor, die beschriebene Schieflage zufriedenstellend für DDR- Altübersiedler nachhaltig zurechtzurücken. Die DDR- Flüchtlings- und SED- Opferverbände würden einer derartigen Initiative höchsten Respekt zollen!

Felix H. Holtschke
VOS- Landesvorsitzender NRW
Dr. Jürgen Holdefleiss

Vorsitzender IEDF

Streitbar, doch im Sinne der Sache ein wichtiger Kamerad

Lothar Baumann aus der Landesgruppe Sachsen mit 89 Jahren verstorben

Anfang Januar kam die Meldung vom Tod unseres Kameraden Lothar Baumann. Kamerad Baumann war ein Mitstreiter, der bei allen Versammlungen mit herzhaften, teils impulsiven Worten und Gesten für unsere Sache stritt. Dass er mitunter Kontroversen auslöste, trug eher dazu bei, Diskussionen voranzubringen, als sie zu verfremden.

Lothar Baumann verstarb im gesegneten Alter von 89 Jahren. Er war bis zuletzt aktiv und eine Stütze der Bezirksgruppe.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten und auch in seinem Sinne für seine und unsere Sache weiter streiten. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen.

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer, Redakteur

Ein Verlust, der uns alle sehr schmerzt

Kameradin Sigrid Richter aus NRW überraschend verstorben

Völlig unerwartet kam zum Redaktionsschluss die Nachricht vom Tod unserer Kameradin Sigrid Richter, die das 70. Lebensjahr nicht mehr erreichte.

Kameradin Richter war seit Jahren Mitglied in der VOS und zugleich Mitwirkende in der Zeitzeugengruppe ehemalige politischer Häftlinge in Nordrhein-Westfalen. Vor allem in letzterer Funktion war sie sehr aktiv und wurde gern von den Schulen im Bereich Essen und Bochum angefordert. Ebenso leistete sie Stunden im Auftrag der Adenauer-Stiftung und betätigte sich an anderer Stelle als Zeitzeugin, etwa bei der Vernissage in der Essener Galerie 24, in der die Bilder von Ellen Thiemann gezeigt wurden. Ihre Vorträge galten als exzellent, die Antworten, die sie auf die Fragen von Schülerinnen und Schüler gab, waren äußerst qualifiziert. Sigrid Richter war in der Zeitzeugen-Gruppe sehr beliebt, sie vertrat demokratische Prinzipien und strahlte in allem große Souveränität aus. Der Verlust, den Verband und NRW-Zeitzeugen nach ihrem Tod erleiden, ist groß. Umso intensiver sind die Gedanken, die uns mit ihrem Wirken verbinden.

Faleria Bosse

Ein ausführlicher Nachruf folgt in der nächsten Fg-Ausgabe

Wir trauern um

Herbert Grob	**Bezirksgruppe Eisenach**
Christina Gundlach	**Bezirksgruppe Bernburg**
Siegfried Müller	**Bezirksgruppe Reichenbach-Vgtl.**
Gerhard Bohne	**Bezirksgruppe Rhein-Ruhr**
Wolf-Dieter Meyer	**Bezirksgruppe Erfurt**
Horst Menzel	**Bezirksgruppe Bremen**
Hans Vierroth	**Bezirksgruppe Kiel**
Horst Krutzsch	**Bezirksgruppe Chemnitz**
Bernhard Buhr	**Bezirksgruppe Berlin**
Werner Hiekel	**Bezirksgruppe Chemnitz**
Horst Hertel	**Bezirksgruppe Hannover**
Lothar Baumann	**Bezirksgruppe Reichenbach-Vgtl.**
Horst Jänichen	**Bezirksgruppe Berlin**
Tankred Pluschke	**Bezirksgruppe Wittenberg**
Wolfram Kreußler	**Bezirksgruppe Hamburg**
Sigrid Richter	**Bezirksgruppe Dortmund**
Gottfried Gläser	**Bezirksgruppe Chemnitz**
Hans-Peter Tietze	**Bezirksgruppe Hessen- Rh/Pfalz**
Joachim Gartzke	**Bezirksgruppe Hannover**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Trauer um Wolf-Dieter Meyer

10. Februar 1942 – 24. November 2020

Mit tiefer Trauer hat die VOS Nachricht vom Tode unseres verdienten Kameraden Wolf-Dieter Meyer (Foto) aus der Landesgruppe Thüringen entgegengenommen. Kamerad Meyer gehörte zu den aktivsten Mitstreitern unseres Verbandes. Mehr als 15 Jahre leitete der die Thüringer VOS-Gruppe und konnte dabei manches, nicht einfache Problem mit großem Geschick, aber auch mit Konsequenz lösen. Ohne ihn hätte die Gruppe vermutlich nicht ihren Zusammenhalt gewahrt. Wolf-Dieter war auch derjenige, der immer wieder den Kontakt zum benachbarten Landesverband Hessen gehalten und seine Fühler nach Bayern ausgestreckt hat. Das Foto zeigt ihn bei einer für ihn typischen Reden zur Einweihung eines Gedenkkreuzes an der ehemaligen „Staatsgrenze“ zwischen Sonneberg und Coburg.

Wolf-Dieter Meyer war getreu seiner demokratischen Gesinnung seit der Wiedervereinigung SPD-Mitglied. Er ist in Thüringen aufgewachsen und arbeitete zu DDR-Zeiten viele Jahre an der Basis, so auch unter schwersten Bedingungen beim Gleisbau.

Der Tod hat ihn ereilt, nachdem er lange mit seiner Krankheit gerungen hat. Seine Frau Gisela stand ihm in diesen schweren Zeiten treu und hilfreich zur Seite und führte, als Wolf-Dieter nicht mehr konnte, den Vorsitz der Landesgruppe weiter. Derzeit ist sie als Bezirksvorsitzende der Stadt Erfurt aktiv. Ganz besonders gilt ihr unser Dank und unser ganz tiefes Mitgefühl.

Kamerad Wolf-Dieter Meyer wird weiterhin in unseren Herzen und dem Gedenken der VOS leben. Seine Tatkraft und die Aufopferungsbereitschaft bleiben für uns Vorbild und Ansporn.

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer, Redakteur
Berlin im Januar 2021

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Postbankkonto Köln
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),
eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 821/ 822 erscheint März/April 2021
Redaktionsschluss der FG 819/820 am 27. Jan. 2020